

**Das WZB in den Medien Nr. 92/2020**

6. Juli 2020

Agenturmeldung

„Die Testverfahren an Hochschulen Du kommst hier (nicht) rein“
Claudia Finger zitiert in: dpa, 6. Juli 2020

Printmedien

Rezension des Buchs von Ruud Koopmanns: Neue Züricher Zeitung, 3. Juli 2020

„Zu früh für eine Bilanz?“
Ruud Koopmanns zitiert in: Tages Anzeiger (ebenfalls erschienen in Berner Zeitung),
3. Juli 2020

„Risiko und Chance für Frauenkarrieren“
Jutta Allmendinger zitiert in: Staatsanzeiger Baden-Württemberg, 3. Juli 2020

„Belastung hoch drei“
Jutta Allmendinger zitiert in: Der Tagesspiegel, 3. Juli 2020

„Fundamentalismus ist eine Sackgasse“
Interview mit Ruud Koopmanns in: Wiener Zeitung, 4. Juli 2020

„Segway - gut zu finden“
Andreas Knie erwähnt in: Frankfurter Rundschau, 4. Juli 2020

„Gute Männer“
Jutta Allmendinger zitiert in: Der Spiegel, 4. Juli 2020

„Der Radweg ist das Ziel“
Andreas Knie zitiert in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 4. Juli 2020

„Der Kosmos der Kosmopoliten“
Michael Zürn zitiert in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. Juli 2020

„Das Rad der Zeit“
Andreas Knie zitiert in: Welt am Sonntag, 5. Juli 2020

„Rabenväter? Von wegen!“

Jutta Allmendinger zitiert in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. Juli 2020

„Sharing am Scheideweg“

Andreas Knie zitiert in: Automobilwoche, 6. Juli 2020

„Bis zu 25 Prozent mehr Radverkehr“

WZB erwähnt in: Berliner Zeitung, 6. Juli 2020

„Alarmzustände“

Jeanette Hofmann zitiert in: Der Tagesspiegel, 6. Juli 2020

Online-Medien

[„Das verfallene Haus des Islam“](#)

Rezension Ruud Koopmans Buch in: das-parlament.de, 6. Juli 2020

„Frauen-Trio räumt Wissenschaftspreise an der Uni Hildesheim ab“

Anne Piezunka und Michael Wrase erwähnt in: Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 2. Juli 2020

„Enquete-Kommission zur Pandemie nimmt Arbeit auf“

Jan Paul Heisig erwähnt in: welt.de, 3. Juli 2020

„In den Vereinigten Staaten ist die Frage nach der Zukunft verstummt“

Interview mit Daniel Ziblatt in: Zeit-Online, 4. Juli 2020

[„Peinlicher Schienenpakt, untote Autos und die Roller der Zukunft“](#)

Interview mit Andreas Knie: klimareporter.de, 5. Juli 2020

[„Verkehrswende durch Corona: Der Radweg ist das Ziel“](#)

Andreas Knie zitiert auf: RND.de, 4. Juli 2020

Autor: Martin Beglinger
Seite: 28 bis 28
Ressort: Feuilleton
Rubrik: Zürich
Weblink: <http://www.nzz.ch/>

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 68.779 (verkauft) ¹ 96.109 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,239 (in Mio.) ²

¹ WEMF Auflagenbulletin 2019

² MACH Basic 2020-1

Die Misere des Islam

Der Soziologe **Ruud Koopmans** seziert so schonungslos wie präzise die Lage der muslimischen Welt

Martin Beglinger

Während momentan eine breite gesellschaftliche Debatte über Rassismus geführt werde, so twitterte kürzlich ein Studentenfunktionär der Berliner Humboldt-Universität, lasse der HU-Professor **Ruud Koopmans** seinem «antimuslimischen Rassismus freien Lauf». Es ist die immergleiche Keule. Und nichts Neues für Koopmans, den dort lehrenden niederländischen Soziologen und Migrationsforscher, der sein neues Buch «Das verfallene Haus des Islam» nicht zufällig mit folgenden Sätzen beginnt: «Dieses Buch ist islamkritisch, aber nicht islamfeindlich. Jeder, der nicht zwischen Kritik an einer Religion – oder besser gesagt: an ihrer derzeit dominierenden Interpretation – und Rassismus unterscheiden kann, sollte dieses Buch beiseitelegen.»

Das wäre ausgesprochen schade, denn diese Leute verpassen nicht weniger als eines der wichtigsten deutschsprachigen Bücher, das in den letzten Jahren über den Islam geschrieben wurde. Gewiss, es gibt fremdenfeindliche Islamhasser, doch der Autor dieses Buches gehört mit Sicherheit nicht dazu.

Koopmans, ein «von der Linken enttäuschter Linker», verheiratet mit einer Kurdin aus der Türkei, liefert hier eine schonungslose Analyse der «religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt», frei von Polemik und gerade deshalb so unbequem. Schicht um Schicht legt er die offenkundige Misere der muslimischen Welt frei, bis er zu ihrem Kern vordringt: dem islamischen Fundamentalismus, der ganz besonders seit Khomeinys Revolution in Iran auf dem Vormarsch ist. Rückständige Religion

Koopmans lässt sich gar nicht erst auf eine Zitateschlacht über den «wahren Islam» ein. Ihn interessieren vielmehr

die real existierenden Zustände in den 47 muslimischen Ländern auf der Erde. Warum, so die entscheidende Frage, ist es um Demokratie, Menschenrechte und wirtschaftliches Wohlergehen derart miserabel bestellt in diesen Staaten? Ist es Zufall, dass die Hälfte aller Diktaturen in muslimischen Ländern zu finden sind, obwohl diese nur einen Viertel aller Staaten ausmachen? Liegt es tatsächlich an der so oft bemühten «Islamophobie» des Westens? Oder an den Spätfolgen des europäischen Kolonialismus? Oder am Ende eben doch an der Religion selbst?

Koopmans forscht konsequent mit den Instrumenten des empirischen Sozialwissenschaftlers. Er analysiert Statistiken und sucht nach Kausalitäten. Sein wichtigstes Instrument ist der systematische Vergleich von muslimischen mit nichtmuslimischen Ländern, zum Beispiel der Inselstaaten Malediven und Mauritius. Beide waren ähnlich lange kolonisiert, beide sind seit Mitte der 1960er Jahre unabhängig, beide leben hauptsächlich vom Tourismus. Nur ist Mauritius seit Jahrzehnten eine politisch stabile Demokratie, die Malediven hingegen werden autoritär regiert. Der entscheidende Unterschied: die Religion.

Auf den Malediven dominieren sunnitische Muslime. Dieses Beispiel ist keine Ausnahme, sondern die Regel. «Während der Rest der Welt in den letzten Jahrzehnten viel demokratischer geworden ist, haben sich in der islamischen Welt autoritäre Regime weiter ausgebreitet.»

Läge es nur am Geld, müsste Saudiarabien ein Hort der Freiheit sein. Stattdessen ist es eine Hochburg des Fundamentalismus, wo Homosexuelle geköpft werden. «Selbst in den ärmsten nichtmuslimischen Ländern gibt es viel mehr

Freiheit als in der islamischen Welt», stellt Koopmans fest.

Er räumt auch gründlich mit der gerade jetzt wieder populären These auf, wonach es der europäische Kolonialismus gewesen sei, unter dessen Folgen die islamischen Länder bis heute zu leiden hätten. «Das Gegenteil ist der Fall. Die islamische Welt wurde vom westlichen Kolonialismus weniger beeinflusst als der Rest der nichtwestlichen Welt, und gerade diese geringere historische Prägung durch westliche Ideen und Institutionen hat negative Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Demokratie in der islamischen Welt.»

Reform und Toleranz

Auch der wirtschaftliche Niedergang ist, wie Koopmans zeigt, eine direkte Folge des islamischen Fundamentalismus. Während nichtmuslimische Länder wie Südkorea oder Taiwan die westlichen Staaten längst eingeholt oder gar überholt haben, darben jene Länder, wo der Koran beziehungsweise dessen selbsternannte Wächter über allem stehen. Die Frauen, um deren Rechte es ohnehin nirgendwo schlechter bestellt ist, bleiben vom Arbeitsmarkt praktisch ausgeschlossen. Wo der Fundamentalismus die freie Bildung behindert, gibt es keine Forschung, keine Innovation, keinen Fortschritt.

Wie können sich die islamischen Länder von diesem Fundamentalismus lösen? Indem sie sich endlich reformierten, schreibt Koopmans.

Auch er weiss natürlich, dass das viel einfacher gefordert als getan ist. Man denke nur daran, dass eine liberale Muslima wie Seyran Ates gleich hundertfach mit dem Tod bedroht wird, nur weil sie sich getraut hat, in Berlin eine Moschee zu gründen, zu der auch Frauen Zutritt haben und wo nicht ver-

kündet wird, was in Saudiarabien oder Ägypten verordnet wurde. Doch für Koopmans führt kein Weg daran vorbei, dass «Muslime, die für einen anderen, modernen und liberalen Islam eintreten, sich massenhaft gegen die globale Intoleranz und Gewalt im Namen ihres Glaubens erheben müssen».

Ein schöner Anfang wäre auch, wenn ein Buch wie dieses erst einmal ins Französische und Englische übersetzt würde und dann – inschallah – vielleicht sogar ins Arabische, damit es eine möglichst breite Debatte in der muslimischen Welt auslöst. Doch das bleibt vorderhand wohl ein frommer Wunsch.

Ruud Koopmans. Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt. Verlag C. H. Beck, München 2019. 288 S., zirka Fr. 34.90.

Wörter: 791

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © NZZ-Mediengruppe

Autor: Sandro Benini
Seite: 4
Ressort: Seite Zwei

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 112.457 (verkauft) ¹ 130.957 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,361 (in Mio.) ²

¹ WEMF Auflagenbulletin 2019

² MACH Basic 2020-1

Zu früh für eine Bilanz?

Um Schwedens Corona-Strategie zu beurteilen, ist es laut Lockdown-Kritikern zu früh. Das ist falsch.

Schlägt der Arzt einem Patienten mit dem Hämmerchen auf die Patellarsehne unterhalb des Knies, schnellt reflexartig der Unterschenkel nach oben. Konfrontiert man die Kritiker des Corona-Lockdown mit den desaströsen Folgen des sogenannten schwedischen Modells, dann formt ihr Sprechapparat ebenso reflexartig den Satz: «Für eine endgültige Beurteilung der schwedischen Strategie ist es noch zu früh.»

Das sagten unisono die drei Lockdown-Kritiker, welche diese Zeitung kürzlich um eine Einschätzung bat, nämlich die Politiker Roger Köppel und Silvan Amberg sowie der Ökonom Reiner Eichenberger. In vielen Kommentaren tauchte das Argument ebenfalls auf.

Das schwedische Modell besteht darin, trotz grassierender Corona-Pandemie auf Gebote statt Verbote zu setzen, Bevölkerung und Wirtschaft die Unannehmlichkeiten eines Lockdown zu ersparen und auf die Vorteile einer natürlich erworbenen Immunität zu hoffen, nach dem Motto: Je mehr Personen sich infizieren und genesen, desto mehr sind danach gefeit gegen Covid-19.

Gegen den «Ein Urteil ist verfrüht»-Befund gibt es zwei Einwände, einen grundsätzlichen und einen spezifischen. Grundsätzlich kann man das Argument bei fast allen Problemen, Übeln und Verwerfungen anführen. Wie sagten doch früher die Vertreter des real existierenden Ostblock-Sozialismus, wenn man sie darauf aufmerksam machte, dass ihr System dem westlichen in fast

jeder Hinsicht unterlegen sei? Der Sozialismus sei halt noch nicht ganz regelkonform umgesetzt, und eben, für eine endgültige Bilanz im Vergleich mit dem Kapitalismus sei es zu früh.

Und was ist mit einem Schriftsteller, der ständig grottenschlechte Bücher schreibt? Tja, das ist zwar bedauerlich, schliesst aber nicht aus, dass er irgendwann mal noch ein Werk von der Qualität eines «Zauberbergs» abliefern. Nein, ausgeschlossen ist das tatsächlich nicht. Aber höchst unwahrscheinlich schon.

Und damit kommen wir zum zweiten Einwand. Wie der Migrationsforscher **Ruud Koopmans** in der NZZ festgehalten hat, «ist die Position eines Landes im internationalen Reiseverkehrsnetzwerk hinsichtlich der Anfälligkeit für Pandemien zentral». Es ist deshalb vernünftig, Schweden mit seinen Nachbarländern Norwegen und Finnland sowie mit Dänemark zu vergleichen, deren Regierungen einen Lockdown angeordnet haben.

Und da stellt man fest: Die Zahl der Toten in Schweden ist pro 100'000 Einwohner zehnmal höher als in Norwegen und Finnland und fünfmal so hoch wie in Dänemark. Ähnliches gilt für den Vergleich zwischen der Gesamtzahl der Infektionen, die in Schweden viermal höher liegt als in Norwegen.

Mit anderen Worten: Damit sich die Bilanz deutlich verändert, müssten über Norwegen und Finnland zehn gleichermassen schwerwiegende Wellen hereinbrechen wie die erste, während Schweden davon verschont bliebe oder keine

zusätzlichen Opfer erleiden dürfte. Und selbst dann wäre die Bilanz erst ausgeglichen. In Bezug auf die Schweiz brauchte es dazu zweieinhalb Wellen. Um nachzuvollziehen, dass dies ausgeschlossen ist, muss man weder Virologe noch Epidemiologe sein. Es genügt, den gesunden Menschenverstand zu gebrauchen.

Was die Wirtschaft betrifft, liegen die Prognosen für die diesjährige Entwicklung des Bruttosozialprodukts sämtlicher nordischer Länder bei einem Minus zwischen sechs und sieben Prozent. Genauso düster sind die Aussichten in der Schweiz. Auch hier gilt: Nur der Weihnachtsmann könnte Schweden eine deutlich bessere ökonomische Bilanz bescheren. Und vielleicht nicht einmal er.

Zehnmals mehr Tote und derselbe wirtschaftliche Rückschlag, aber was solls: «Es ist zu früh für eine endgültige Bilanz.» Das ist kein Argument, sondern ein denkfauler Spruch.

Es gibt aber nicht den geringsten Grund, gegenüber Schweden hämisch zu sein. Geht man davon aus, dass der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft ein zweiter Lockdown nicht zuzumuten ist, die Infektionszahlen aber weiter steigen - dann wenden wir faktisch auch eine Art schwedisches Modell an. Dessen Folgen sind eine eindringliche Mahnung, die gegenwärtige Entwicklung zu stoppen.

Wörter: 580



Autor: Henkel-Waidhofer, Brigitte Johanna
Seite: 15
Ressort: Beruf und Karriere

Jahrgang: 2020
Nummer: 26
Auflage: 11.796 (gedruckt)¹ 11.045 (verkauft)¹
 11.669 (verbreitet)¹

Mediengattung: Wochenzeitung

¹ IVW 1/2019

Risiko und Chance für Frauenkarrieren

Corona-Krise

In vielen Ministerien und Verwaltungen dasselbe Bild: Vor allem an den geschlossenen Bürotüren, hinter denen Frauen arbeiten, hängt der Hinweis „Bin im Homeoffice“. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg (LAG) wird sich auf ihrer Sitzung im Herbst mit dem Thema befassen.

Stuttgart. „Wir müssen sehr aufpassen, dass sich Ungerechtigkeiten nicht fortsetzen“, sagt Sandra Knörr. Die Gleichstellungsbeauftragte im Landkreis Sigmaringen ist eine der LAG-Sprecherinnen. Sie sieht corona-bedingte „Fallstricke“, weil mehr Frauen als Männer von zu Hause aus arbeiten, weil Homeoffice insgesamt die Gefahr birgt, dass Kontakte verlorengehen und Frauen als Kolleginnen verschwinden. Eigentlich seien öffentliche Arbeitgeber Vorreiter, wenn es um alternative Arbeitsformen gehe. Bei dem LAG-Treffen Mitte September wird aber auch auf der Tagesordnung stehen, wie neue Ungleichheit verhindert werden kann.

„Geschlechtergerechtigkeit in der Krise“

Dass es die gibt, ist für viele, die sich mit Arbeiten während der Pandemie befasst haben, unstrittig. Auch der Landesfrauenrat und Gewerkschafterinnen, SPD-Frauen, Grüne oder Wissenschaftlerinnen schlagen bereits Alarm. **Jutta Allmendinger**, die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, warnt vor „einer entsetzlichen Retraditionalisierung“ durch die Corona-Krise. 7000 Menschen wurden

für eine einschlägige Studie befragt. Vor allem Alleinerziehende, aber auch andere Frauen und Mütter sind durch Corona besonders getroffen.

„Geschlechtergerechtigkeit in der Krise“, urteilte der Landesfrauenrat, die Dachorganisation der Frauenorganisationen im Land. Beklagt wird, wie sich ohnehin vorhandene Ungleichheiten verfestigen. „Mir ist sehr bewusst“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zu Beginn des Lockdown, „dass es eine enorme psychische Herausforderung ist, Kinder zu betreuen, ihnen die neue fremde Situation zu erklären, Schularbeiten zu begleiten und gleichzeitig die eigene Arbeit zu machen.“

Vieles wurde seither erhoben, etwa in einer Befragung der Universität Bielefeld im April, die ergab, dass sich Frauen fast doppelt so lang – mehr als sieben Stunden pro Tag – um die Familie kümmern als Männer. Letztere arbeiten auch seltener zu Hause und dort wiederum viel öfter im eigenen Büro.

Und Frauen, wie es in einer aktuellen Analyse des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) heißt, arbeiten eher in der Verwaltung und deshalb in den vergangenen Monaten in hoher Zahl daheim.

„Jetzt sehen wir die Versäumnisse in der Gesellschaft in einem Brennglas“, weiß Elke Ferner vom Deutschen Frauenrat. Die Pandemie sei Risiko und Chance zugleich, „Chance aber nur, wenn wir jetzt endlich damit anfangen, die Defizite und Ungleichheiten konsequent anzugehen“.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommu-

naler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen hat einen Aufruf gestartet, in dem unter anderem gleiche Rahmenbedingungen und gleiche Arbeitszeiten gefordert werden, „die es Eltern ermöglichen, sich die Care-Arbeit gerecht zu teilen“, heißt es darin.

Neue Arbeitsformen stoßen auch auf Akzeptanz

Auch Baden-Württembergs Spitzenfrauen, jenes durch das Wirtschaftsministerium dank Europäischem Sozialfond unterstützten Projekts für Karrierefrauen und weibliche Nachwuchskräfte, wollen Heimarbeit „aus der Schmutzlecke“ holen. „Heimarbeit ist nicht gleich Heimmütterchen“, lautet die Botschaft nach einem Corona-bedingten digitalen Treffen.

Allein nach den Wochen von Lockdown und Lockerungen mehrten sich die Anzeichen, dass Männer doch deutlich besser aus der Krise kommen. Insgesamt sehen die Führungsfrauen entspannter in die Zukunft: Sie berichten, wie sie nicht nur selber erfolgreich aus dem Homeoffice heraus ihr Team oder die Belegschaft führten, sondern auch, dass unter Mitarbeitern und Kollegen die häufig für sie neue Arbeitsform auf „zunehmende Akzeptanz“ stoße.

„In diesem massiven Umbruch steckt eine große, vielleicht einmalige Chance für Frauenkarrieren“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung zum Thema. Arbeits- und Unternehmenskultur müssten neu gedacht, auch Führungspositionen neu definiert und in Teilzeit oder im Tandem ermöglicht werden.

Wörter:

555



Autor: Cordula Eubel und Helena Wittlich
[tmt7b9t2wkxketh7aer5nu]
Seite: 2
Ressort: POLITIK
Rubrik: FRAGEN DES TAGES

Mediengattung: Tageszeitung

Auflage: 81.077 (gedruckt)¹ 104.169 (verkauft)¹
107.540 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,275 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 4/2020

² von PMG gewichtet 7/2019

Belastung hoch drei

Sie arbeiten an den Kassen, erledigen den Haushalt – und verdienen weniger als Männer. Wieso trifft es die Krise besonders Frauen?

Von Cordula Eubel und Helena Wittlich

Vor dem Virus sind alle gleich? Von wegen! Gerade Frauen hat die Coronaviruskrise vor neue Herausforderungen gestellt. Wissenschaftler fürchten schon, dass Deutschland in Sachen Gleichberechtigung um drei Jahrzehnte zurückgeworfen werden könnte. Das sagte die Soziologin **Jutta Allmendinger**. Mit dieser Warnung ist die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin nicht allein. Erste Daten zeigen: In der Coronakrise bekommen Frauen die wirtschaftlichen Folgen oft weit härter zu spüren als ihre männlichen Kollegen.

Wie wirkt sich die Kurzarbeit aus?

Natürlich greift auch für weibliche Angestellte das Modell der Kurzarbeit, das Jobs erhalten und vor Entlassungen schützen soll. Wie viele Frauen genau in der Coronakrise von Kurzarbeit betroffen sind, kann die Bundesagentur für Arbeit (BA) erst nach einer Auswertung in fünf Monaten sagen. Um schon vorher grobe Aussagen treffen zu können, hat der Tagesspiegel analysiert, welche Branchen besonders viel Kurzarbeit anmelden mussten und wie hoch der Frauenanteil in den jeweiligen Beschäftigungsbereichen liegt. Das Ergebnis: Oft sind es Jobs, in denen ohnehin niedrigere Gehälter gezahlt werden. Einbußen beim Gehalt durch Kurzarbeit sind dann noch schmerzhafter. Denn wer Kurzarbeitergeld bekommt, erhält nur 60 Prozent seines Nettolohns (mit Kindern 67 Prozent). So erhält eine Kassiererin laut dem Portal Gehalt.de im Durchschnitt 2275 Euro im Monat. Das sind 1570 Euro netto. Als Kurzarbeitergeld bekommt sie 942 Euro.

Eine Online-Befragung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kommt außerdem zum Ergebnis, dass bei Frauen das Kurzarbeitergeld selte-

ner aufgestockt wird als bei Männern. „Das liegt daran, dass Frauen häufiger in weniger abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten“, sagt Bettina Kohlrausch, Leiterin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Gefragt wurden rund 7600 Erwerbstätige nach ihrer beruflichen Situation. Besonders in kleinen Dienstleistungsbetrieben gibt es oft keine Tarifverträge, die eine Aufstockung vorsehen, bei der der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld hinzuzahlt.

Warum sind auch die Steuerklassen ungerecht?

Hinzu kommt, dass das Kurzarbeitergeld bei Frauen oft noch mal niedriger als bei Männern ist, weil viele Paare einen Steuervorteil wählen: das Ehegattensplitting. Beim Kurzarbeitergeld wird dieser Vorteil für Frauen zum Nachteil. Wenn verheiratete Paare das Ehegattensplitting nutzen, zahlt der geringere Verdienende nach Steuerklasse V mehr Steuern. So fällt auch das Nettogehalt entsprechend geringer aus. Aber das Kurzarbeitergeld bezieht sich auf das Nettogehalt. Frauen zahlen also mehr Abgaben an den Staat, bekommen im Krisenfall aber weniger zurück.

Die Kassiererin zum Beispiel: Hat sie in Steuerklasse I noch 942 Euro Kurzarbeitergeld bekommen, so sind es in Steuerklasse V nur noch 781 Euro. Wie groß dieses Problem ist, zeigt die Verteilung der Steuerklassen. Knapp 20 Millionen weibliche Beschäftigte sind in Steuerklassen registriert. 3,3 Millionen Frauen, also 17 Prozent sind in Steuerklasse V gemeldet. Bei den Männern sind zu es von rund 23 Millionen Arbeitenden nur 410 000. Katharina Wrohlich, Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am Deutschen Institut für Wirt-

schaftsforschung (DIW) schlägt deshalb vor, das Kurzarbeitergeld nach einer neu konstruierten Steuerklasse zu berechnen, damit die Lohnersatzleistung nicht künstlich kleingerechnet wird.

Wo sind Frauen noch benachteiligt?

Viele Frauen üben Jobs aus, in denen gar kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht – zum Beispiel bei Minijobs. Die wurden offenbar oft einfach gestrichen. Bundesweit gab es Ende März knapp 220 000 Minijobs weniger als noch im Vorjahresmonat. Und das sind erst die Zahlen aus dem März, als die Krise gerade so richtig in Schwung kam. Doch allein in diesem Monat ging die Anzahl der Minijobs bei Frauen im Vergleich zum Vorjahr schon um vier Prozent zurück.

Im Durchschnitt sind 58 Prozent aller geringfügig Beschäftigten Frauen. Die Daten der BA zeigen, dass besonders in der Gastronomie, aber auch im Kulturbereich viele geringfügig Beschäftigte arbeiten. Weil sie kein Kurzarbeitergeld erhalten können, liegt eine Vermutung nahe: Sie werden entlassen. Wie schwierig es für geringfügig Beschäftigte in der Coronakrise ist, zeigt auch eine neue Studie des DIW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Drei Viertel von ihnen verdienten 2018 weniger als 11,40 Euro pro Stunde. Während 2018 rund 28 Prozent der erwerbstätigen Frauen zu Niedriglöhnen arbeiteten, taten dies 16 Prozent der Männer.

Wie sieht es grundsätzlich bei der Bezahlung aus?

Die Coronakrise zeigt ein altes Problem: Viele Frauenjobs werden schlechter bezahlt. Berufe, die jetzt als systemrelevant eingestuft wurden, werden auch zu einem großen Teil von Frauen ausgeübt: Die Kassiererin im Supermarkt, die

Altenpflegerin, die Erzieherin oder die Reinigungskraft. Und dann verdienen sie meist auch noch schlechter als ihre männlichen Kollegen. Zieht man etwa wieder die Kassiererin als Beispiel heran, so erhält diese laut Gehalt.de sowieso schon durchschnittlich sieben Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Dabei sitzen hinter den Kassen zu mehr als 85 Prozent Frauen. „Frauenberufe sind tendenziell schlechter entlohnt“, sagt Lena Hipp, Soziologieprofessorin und Leiterin der Forschungsgruppe Arbeit und Fürsorge am Wissenschaftszentrum Berlin. Frauen arbeiten zu niedrigeren Stundenlöhnen, häufiger in Teilzeit, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad in diesen Branchen ist geringer.

Was ist mit der Arbeitslosigkeit?

Die Arbeitslosenzahlen steigen bei Frauen in dieser Krise mindestens genauso stark an wie bei Männern. Das ist ein Unterschied zur Finanzkrise 2008/2009. Damals waren es zu großen Teilen Industriejobs, die wegfielen. In den besonders von Corona betroffenen Branchen arbeiten hingegen viele Frauen. Deshalb stieg sowohl bei Männern als auch bei Frauen die Arbeitslosenquote im April um je 0,7 Prozentpunkte. Im Juni waren 1,24 Millionen Frauen arbeitslos.

Welche Rolle spielt die Kinderbetreuung?

Frauen sind im Vergleich zu Vätern in der Krise häufiger ins Homeoffice gewechselt oder haben ihre Arbeitszeiten verschoben, um Kinder zu betreuen. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 78 Prozent arbeiteten demnach im März im Homeoffice. Bei den Männern waren es nur 70 Prozent. Außerdem fiel Frauen die Konzentration im Homeoffice schwerer als Männern. Mütter fühlten sich im Vergleich zu Kinderlosen obendrein noch weniger effizient. Weitere Befragungen aus der Zeit des Lockdowns zeigen, dass vor allem Mütter ihre Arbeitszeit reduziert haben. Laut einer Umfrage der Hans- Böckler-Stiftung war das fast ein Viertel, 24 Prozent der Frauen.

Wie fühlen sich die Frauen in der Krise?

Frauen und Mütter leiden stärker als Männer unter der Situation im Homeoffice, wie eine Online-Umfrage des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zeigt. Mit ihrer Studie zum Corona-Alltag wollen Lena Hipp, Mareike Bünning und Stefan Munnes untersuchen, welche Auswirkungen die Pandemie auf Berufs- und Familienleben hat. Für den Tagesspiegel haben sie exklusiv Zwischenergebnisse aus der Zeit von Mitte April bis Mitte Juni ausgewertet. Daran zeigt sich: Die Unzufriedenheit vieler Frauen und Mütter im Homeoffice geht zwar leicht zurück, seitdem vieles im Alltag gelockert wurde. Aber im Bereich Arbeit sind Frauen weiterhin besonders unzufrieden – im Vergleich mit den männlichen Befragten um vier Prozent häufiger.

Welche Folgen hat das für die Gleichberechtigung?

Die Erhebung der Böckler-Stiftung legt nahe, dass sich konservative Rollenmuster selbst bei Paaren verfestigen, die sich vorher die Erziehungsarbeit ungefähr gleich aufgeteilt haben. Nur noch 62 Prozent dieser Paare gaben an, dass dies auch in der Krise noch der Fall sei. „Frauen tragen in der Krise die Hauptlast der Sorgearbeit“, sagt Kohlrausch. Auch die Universität Koblenz-Landau kam in einer Befragung zum Ergebnis, dass vor allem Mütter das Homeschooling übernommen haben. Doch es gibt auch einen kleinen Funken Hoffnung: Zumindest bei einem Teil der Elternpaare könnte die Krise die klassische Rollenaufteilung aufgebrochen haben: Mit vielen Vätern im Homeoffice könnten Familien sich die Sorgearbeit neu aufteilen. Erste Daten einer Befragung, die das DIW seit April gemeinsam mit der Universität Bielefeld durchführt, legen einen solchen Schluss nahe. Die Zahlen basieren allerdings noch auf einer kleinen Fallzahl. Danach haben befragte Männer die Familienarbeit prozentual deutlich mehr gesteigert (120 Prozent) als Frauen (45 Prozent). Das ist allerdings auch einfach, denn sie kommen von einem deutlich niedrigeren

Ausgangsniveau.

Wie könnte das Problem gelöst werden?

Es gibt Möglichkeiten, Frauen in der Krise zu stärken – finanziell und in der Familienarbeit. Dazu gehört eine Neuausrichtung des Ehegattensplittings. Dieses Modell sowie die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung für Partner, die kein eigenes oder nur ein geringes Einkommen haben, machen das Modell Hauptverdiener-Ehe plus Zuverdienst attraktiv. „Der Staat belohnt diese Rollenverteilung“, sagt WZB-Forscherin Hipp. Sie schlägt stattdessen vor, zu einer kollektiven Einkommensbesteuerung überzugehen.

Klar wird außerdem: Ohne zeitgemäße Kinderbetreuung geht nichts. Das DIW fordert deshalb ein Corona-Elterngeld, bei dem beide Elternteile einen Lohnausgleich erhalten, wenn sie beide ihre Arbeitszeit reduzieren. DIW-Forscherin Wrohlich findet es „auffällig, dass Mütter in der politischen Debatte nicht mitgedacht werden“. Dabei sei die Erwerbsbeteiligung von Müttern in Westdeutschland in den letzten 15 Jahren deutlich gestiegen – nicht zuletzt eine Folge des Kita-Ausbaus und der zunehmenden Ganztagsbetreuung in Schulen. Doch in der Krise seien all diese Fortschritte in Vergessenheit geraten.

In einem sind sich die Forscherinnen einig: Bei der Krisenbekämpfung sollte stärker darauf geachtet werden, ob Hilfspakete Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen. So könnten etwa Wirtschaftsbereiche besser geschützt werden, die weiblich dominiert sind. Mit dem Konjunkturpaket der Regierung fließen zwar zusätzliche Gelder in den Ganztagsbetreuung, außerdem werden Alleinerziehende entlastet. Doch mit der Forderung, Staatshilfe für Unternehmen an Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit zu knüpfen, konnte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) sich nicht durchsetzen. ***

Autor: Von Stefan May
Seite: 35 bis 35
Ressort: extra

Rubrik: Abendausgabe, Extra, Morgenausgabe
Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 43.000 (verbreitet)¹

¹ Verlag 01/2020

„Fundamentalismus ist eine Sackgasse“

Der Migrationsforscher **Ruud Koopmans** über die schwache Integrationsbilanz religiöser muslimischer Einwanderer – und den Hoffnungsfaktor Iran.

Von Stefan May

„Wiener Zeitung“: Herr Koopmans, was war für Sie der Auslöser, ein Buch über den Islam und seinen Einfluss auf die Gesellschaft zu schreiben?

Ruud Koopmans: Die Idee ist aus meiner Forschung zur Integration von Migranten entstanden. Da ist mir im Lauf der Jahre aufgefallen, dass Migranten, die aus muslimischen Ländern stammen, in den verschiedenen Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und so weiter durchschnittlich schlechter abschneiden als andere Migrantengruppen. Und da bin ich auf den Faktor Religion gestoßen.

In Ihrem Buch, „Das verfallene Haus des Islam“, nennen Sie das Jahr 1979 als Schlüsseljahr.

Es gab drei Ereignisse: Die iranische Revolution, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, um dort das kommunistische Regime zu stürzen, das mit einer Rebellion von islamistischen Aufständischen konfrontiert wurde, und drittens und weniger bekannt die Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch eine Gruppe von mehreren hundert Dschihadisten. Die wurde nach zwei Wochen von der saudischen Armee vertrieben. Aber die saudischen Autoritäten mussten den religiösen Schriftgelehrten vorher das Zugeständnis machen, in Zukunft mehr Geld in die Verbreitung des Wahabismus, der saudischen Staatsreligion, zu investieren. Das hat zur Folge gehabt, dass dieser Salafismus-Wahabismus in der ganzen islamischen Welt verbreitet wurde und es auch einen Konkurrenzkampf mit dem Iran gab, der versucht hat, seine Revolution zu exportieren.

Könnten die Ergebnisse Ihrer Untersuchungen nicht eher auf die Mentalität der Menschen als auf ihre Religion zurückzuführen sein?

Ich untersuchte die 47 Staaten auf der Welt mit einer muslimischen Bevölke-

rungsmehrheit. Das sind Staaten, die ganz unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten haben, vom Süden der Philippinen bis zum Senegal. Das ist, kulturell gesehen, überhaupt keine homogene Welt. Aber es hat mit einer gemeinsamen Religion zu tun, die ursprünglich relativ divers war, die sich mit lokalen Traditionen vermischt hatte, die aber in den letzten Jahrzehnten immer mehr von der rigiden, orthodoxen, rückwärtsgewandten arabischen Variante des Islam durchdrungen wurde. Sie sprechen in Ihrem Buch eine Diskrepanz zwischen Religion und Demokratie an. Gilt diese Diskrepanz nicht eigentlich für jede Religion?

Das wissen wir im Prinzip auch aus der Geschichte des Christentums. Jede Religion hat die Neigung, Gesellschaft und Politik nach ihrem Bild gestalten zu wollen. In der Geschichte des Christentums ist das der Kirche immer weniger gelungen. Durch die Reformation, die Aufklärung, die verschiedenen Revolutionen und die Demokratisierung ist das Christentum in die eigene Sphäre zurückgekehrt. Dieser Prozess hat in der islamischen Welt bisher nicht stattgefunden. Dort ist es niemals zu einer dauerhaften Trennung von Staat und Religion gekommen. Es gibt in der islamischen Welt Länder, in welchen die Religion den Staat dominiert, zum Beispiel Iran; es gibt andererseits auch Länder, wo der Staat die Religion dominiert, wie in der Türkei.

Sie sprechen im Buch auch die Wirtschaft an. Wenn sie nicht funktioniert, ist die Gesellschaft anfällig für Fundamentalismus. Andererseits gibt es die reichen, religiösen Golfstaaten.

Dieser Reichtum basiert aber nicht auf einer eigenständigen Wirtschaftsentwicklung oder Innovation. Er ist, das ist eine Ironie der Geschichte, Regimen in die Hände gefallen, die entweder traditionell schon fundamentalistisch waren, wie die Golfstaaten oder Saudi-Arabien, oder die wie der Iran durch eine Revolution fundamentalistisch wurden. Und dadurch hatten diese fundamentalisti-

schen Kernstaaten plötzlich Milliarden von Öl-Dollars zur Verfügung, um damit bis auf den heutigen Tag ihre Variante des Islam in der Welt zu verbreiten.

Warum ist die Integration von Muslimen Ihrer Meinung nach so schwer? Erst einmal gibt es große Unterschiede innerhalb der muslimischen Bevölkerung. Da kann man feststellen, dass es gerade jene Muslime sind, die konservativ-religiös oder sogar fundamentalistisch sind, die für diese Rückstände verantwortlich sind. Säkulare, liberale Muslime integrieren sich im Allgemeinen bestens. Sie vermischen sich mit der allgemeinen Bevölkerung, gehen Freundschaften ein, heiraten und so weiter, während die konservativen Muslime unter sich bleiben. Und dieses Unter-sich-Bleiben in einer Gesellschaft, die nicht selbst islamisch ist, führt zu Abschottung.

Es führt dazu, dass man nicht über soziale Kontakte verfügt, die wichtig sind, um voranzukommen; dass man nicht über die Kenntnisse verfügt, um etwa zu wissen, wie das Bildungssystem oder der Arbeitsmarkt funktioniert. Und es sorgt dafür, dass man auch die Sprache weniger gut erlernt – und dass die Frauen zu Hause bleiben, was auch ein wichtiger Faktor ist.

Eigentlich hat sich die jeweils erste Generation von Migranten schneller und besser integriert als die zweite und dritte.

Das stimmt nicht ganz, denn die erste Generation hat sich auch nicht so blendend integriert. Man kann aber feststellen, dass es bei den Muslimen, auch den türkischstämmigen, wie bei allen anderen Gruppen Verbesserungen in den meisten Bereichen von der einen zur anderen Generation gibt. Wenn wir auf Arbeitsmarkt- oder auf Bildungsergebnisse schauen, dann schafft es die zweite Generation durchaus besser als die erste. Aber die zweite Generation der muslimischen Einwanderer steht trotzdem schlechter da als die zweite Generation anderer Zuwanderer-Gruppen.

Kann man den Fundamentalismus, der wie ein Geist seine Flasche verlassen hat, wieder einfangen?

Letztendlich können nur Muslime selbst dafür sorgen, dass dieser Geist in die Flasche zurückkehrt. Bis jetzt ist das noch relativ selten geschehen. Aber ich denke, weil es so klar ist, dass der fundamentalistische Islam in eine Sackgasse führt und diese Länder ins Verderben stürzt, zu Bürgerkriegen, wirtschaftlicher Stagnation und Autoritarismus führt, kann es nicht anders sein, als dass die Menschen irgendwann davon genug haben werden. Und ich vermute, dass das am ehesten in jenen Ländern der Fall sein wird, die am längsten unter diesem Fundamentalismus gelitten haben. Allen voran das Land, wo es begonnen hat – der Iran, wo die Menschen jetzt 41 Jahre lang gesehen haben, was ein Staat auf fundamentalistisch-religiöser Basis tatsächlich bedeutet. Und irgendwann werden die Leute zu dem Schluss kommen: Es reicht.

Also eine Veränderung aus der Religion selbst?

Druck nur von außen wird nicht genug sein. Das heißt nicht, dass wir als nicht-muslimische Gesellschaften nichts tun können. Wir müssen alles tun, was wir können, um die Reformer, die säkularen Kräfte innerhalb der islamischen Welt und auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaften in Europa zu unterstützen und den Einfluss der Fundamentalisten zurückzudrängen. Unter anderem auch durch Gesetze, wie sie etwa in Österreich eingeführt worden sind, wo man versucht, die Geldströme aus den Golfstaaten und der Türkei zu bändigen.

Damit versucht man, den Prozess der letzten 40 Jahre zu stoppen, wo autoritäre Diktaturen, die weder mit Religionsfreiheit noch mit Menschenrechten etwas am Hut haben, großen Einfluss auf das Religionsleben der Muslime, die in Europa leben, haben und damit auch der Integration enormen Schaden zufügen.

Sehen Sie einen Lichtstreifen am Horizont?

Ein Lichtstreifen ist, was wir in den letzten Monaten im Iran gesehen haben. Es hat bisher noch nicht gereicht, um einen Umsturz herbeizuführen, aber es hat in den letzten Jahren mehrmals solche Bewegungen gegeben. Der Iran hat auch den Vorteil, dass er eine hochgebildete Bevölkerung hat. Das hat den zusätzlichen Vorteil, dass es für die nationale Identität eine Alternative zum Islam gibt.

Der Iran ist eine stolze Nation mit einer Geschichte von tausenden Jahren, die den Islam nicht braucht, um ihren Stolz zu definieren. Worauf ich auch meine Hoffnung setze, wenn es um Europa geht, ist, dass immer mehr Menschen, vor allem Frauen, aus muslimischen Familien selbst beginnen, gegen den Fundamentalismus vorzugehen. Die selbst anfangen, Missstände in muslimischen Gemeinden anzusprechen. Das kann auch die Polarisierung in der Debatte über den Iran aufweichen. Denn dort stehen derzeit Rechtspopulisten und Moralapostel von links einander in festgefahrenen Grabenkämpfen gegenüber, die zu nichts führen.

Stefan May, geboren 1961, lebt als Jurist, Journalist und Autor in Berlin

und Wien.

Der 59-jährige **Ruud Koopmans** ist ein niederländischer Sozialwissenschaftler, der sich seit Jahrzehnten mit Integrationsforschung beschäftigt. Er ist Direktor der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im Februar dieses Jahres erschien von Koopmans das Buch „Das verfallene Haus des Islam“. Darin stellt er aufgrund eigener Studien die These auf, dass die Krise der islamischen Welt religiöse Ursachen habe und vor allem auf den Aufstieg des religiösen Fundamentalismus der letzten Jahrzehnte zurückzuführen sei. Als Beweis vergleicht er darin Länder mit nahezu identen Voraussetzungen, etwa das mehrheitlich hinduistische Mauritius mit den mehrheitlich muslimischen Malediven. Beide hätten Kolonialvergangenheit, beide würden über keine natürlichen Ressourcen verfügen und seien auf Tourismus angewiesen. Doch während Mauritius „ein Modellfall politischer Stabilität“ geblieben sei, habe auf den Malediven die Demokratie nie Fuß gefasst. Überhaupt seien nur zwei Staaten mit muslimischer Mehrheit weltweit Demokratien: Senegal und Tunesien.

Ruud Koopmans: „Das verfallene Haus des Islam – Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt“, C.H.Beck Verlag, München 2020, 288 Seiten, 22,70 Euro.

Foto: David Ausserhofer

Seite: 11
Ressort: FR7
Rubrik: FR Deutschlandausgabe
Ausgabe: Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 17.685 (gedruckt)¹ 16.337 (verkauft)¹
 17.747 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,064 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 4/2020

² von PMG gewichtet 7/2019

Sieben Gründe

Segway - gut zu finden

Die Produktion des Segway Personal Transporter wird zu Mitte Juli eingestellt. Nach 20 Jahren würdelosem Parallelrollern ist nun Schluss, die Zeit der Fremdscham läuft ab. Schade eigentlich. Das Prinzip: Chapeau! Neigungssensoren lassen das selbst balancierende Fahrzeug in die Richtung fahren, in der Pilotin oder Pilot das Gewicht verlagert. Funktioniert intuitiv, braucht keine Bremsen oder sonstigen Schnickschnack. So muss Technik! Erfinder Dean Kamen hatte eine ernsthafte Alternative zum Auto vor Augen, ein Verkehrsmittel, keinen Zeitvertreib für Städtetouristen. Der Segway ist also – was man von E-Rollern nie sagen kann – das Produkt einer echten Vision. Die Anschaffung ist teuer, doch danach rollt er günstig: Für einen Euro kommt

man mit ihm mehr als 200 Kilometer weit.

Segway ist sicher, das bescheinigte ihm zumindest eine Untersuchung der TU Kaiserslautern im Auftrag der Bundesanstalt für Straßenwesen: „Das Unfallrisiko und die Gefährlichkeit von Stürzen erscheinen beim Segway im Vergleich etwa zum Fahrrad geringer.“ (Wobei: Der britische Eigentümer des Unternehmens Segway stürzte 2010 mit dem Fahrzeug in einen Fluss und kam ums Leben.)

Gerne wurde auch die Polizei mit Segways ausgerüstet, etwa in Wiesbaden. Seit 2010 schwof Kriminalsekretär Christoph Müller mit seinem Blaulichtgefährt durch die Innenstadt und präsentiert sich so als Schutzmann zum Ansprechen. „Ein Segway eignet

sich hervorragend, um ins Gespräch zu kommen“, so seine Erfahrung.

„Apache“ und „Sitting Bull“: So heißen die beiden Rollstuhlmodelle, in die sich per Umbaukit jeder Segway verwandeln lässt. Das kostet dann zwar 13 000 Euro aufwärts, dafür ist „Sitting Bull“ sogar offroadgeeignet, Schneekettenbetrieb ist möglich.

Drei Gründe nannte Mobilitätsforscher **Andreas Knie** dem Sender n-tv jetzt für das Segway-Aus: 1. Zu teuer. 2. Es gab nie Sharing-Angebote wie bei den E-Tretrollern. 3. Es fehlte der Coolness-Faktor. Teuer, exklusiv und trotzdem uncool? Beinahe müsste man ihn dafür schon wieder lieben.

Stefan Schickhaus

Wörter: 294

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Autor: Neubacher, Alexander
Seite: 15 bis 15
Rubrik: Kolumne Deutschland

Seitentitel: Deutschland
Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

¹ IVW 1/2020

² AG.MA ma 2020 Pressemedien I

Jahrgang: 2020
Nummer: 28
Auflage: 708.443 (gedruckt) ¹ 685.799 (verkauft) ¹
693.777 (verbreitet) ¹
Reichweite: 4,66 (in Mio.) ²

Die Gegendarstellung

Gute Männer

Fallen Frauen und Männer wegen Corona in ihre tradierten Rollen zurück? Davor wird gerade viel gewarnt. Die Berliner Soziologin **Jutta Allmendinger** sagte, Frauen würden »eine entsetzliche Retraditionalisierung« erfahren; sie glaube, »dass wir bestimmt drei Jahrzehnte verlieren«. Für Mona Küppers vom Deutschen Frauenrat stehen gar sieben Jahrzehnte Emanzipation auf dem Spiel: »Rolle rückwärts in die Fünfzigerjahre«, Grünen-Parteichef Robert Habeck sagte im SPIEGEL: »Die Frauen bleiben mal schön zu Hause: Das war doch die unausgesprochene Voraussetzung für den Shutdown.« Und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil beschrieb die angebliche Lage so: »Viele Männer gehen ins Arbeitszimmer und schließen die Tür, um nicht gestört zu werden. Frauen arbeiten auch im Homeoffice, kümmern sich aber zugleich um den Haushalt und die Schulaufgaben der Kinder.« Nun kann ich nicht beurteilen, ob sich Robert Habeck zu Hause engagiert und welche Paare Hubertus Heil kennt. Doch in meinem persönlichen Umfeld gab es von Anfang an Zweifel an der These vom Rollback. Jedenfalls bei den Män-

nern. Dass man sich einen schlanken Fuß mache, während die Frau zwischen Haushalt, Homeoffice und Kinderbetreuung rotiert, wird vehement bestritten. Einige sind allerdings so ehrlich zu sagen: »Schön wär's.«

Inzwischen gibt es Studien. Sie bestätigen die These von der Rückkehr des Patriarchats nicht. In einer Allensbach-Umfrage im Auftrag des Bundesfamilienministeriums sagten zwar 21 Prozent der zusammenlebenden Eltern mit betreuungsbedürftigen Kindern, die Arbeitsaufteilung sei ungleicher geworden. Doch fast genauso viele, 20 Prozent, sagten das Gegenteil: Seit Corona gehe es partnerschaftlicher zu. Beim Rest hat sich nichts verändert.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Statistikerin Sabine Zinn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Für den Corona-Monat April fand sie heraus, dass Mütter täglich 2,3 Stunden zusätzlich mit Kinderbetreuung und eine halbe Stunde extra mit Hausarbeit beschäftigt waren. Die Väter kamen auf etwa 2,2 Stunden zusätzlich mit Kindern und ebenfalls eine halbe Stunde extra bei der Hausarbeit. Die Daten deuten auf eine »im Durchschnitt gleich-

mäßige Aufteilung der Mehrbelastung zwischen Männern und Frauen hin«, so die Statistikexpertin.

Und schließlich hat auch die Forschungsstelle der Bundesagentur für Arbeit ein paar Zahlen an Hubertus Heil geliefert, die seiner Story von den Drückebergern widersprechen. Demnach verringerten Väter wegen Corona ihre Arbeitszeit um durchschnittlich 5,7 Stunden pro Woche, Mütter hingegen nur um 2,6 Stunden, also deutlich weniger. Auch wenn man fairerweise sagen muss, dass Frauen häufiger in Teilzeit sind.

Nun wird niemand bestreiten, dass es bis zur Gleichstellung in einigen Bereichen noch ein weiter Weg ist. Doch für den angeblichen Rückfall sehe ich bislang keinen Beleg. Nicht die Männer sind von gestern, sondern die Geschichten, die Talkshowexperten und politische Opportunisten über sie verbreiten. **Männer machen sich während der Coronakrise einen schlanken Fuß? Schön wär's.**

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

Wörter: 448

Autor: Thorsten Fuchs [tmt6jteuj5w8ohu6ypjqb]
Seite: 4
Ressort: Sonntagsthema
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 48.105 (gedruckt)¹ 48.660 (verkauft)¹
 49.407 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,126 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 4/2020

² von PMG gewichtet 7/2019

Der Radweg ist das Ziel

Seit Corona kaufen die Deutschen Räder wie nie zuvor. Aber ist der Boom von Dauer? Mit Pop-up-Bike-Lanes wollen manche Städte den Menschen Lust aufs Rad machen. Kann das gelingen? Ein Besuch an Berlins umstrittenster Radspur.

Frank Masurat steht ganz am Anfang des Wegs, eine der berühmtesten Strecken der deutschen Hauptstadt liegt vor ihm. Aber wenn Masurat, ein schlanker, großer Mann von 60 Jahren, schwarze Jeans, rot-gelb-grünes T-Shirt, über das spricht, was jetzt kommt, dann liegen Erleichterung und Siegesfreude in seiner Stimme.

„Bislang“, sagt er, „war diese Strecke ein einziger Albtraum.“

Der Kottbusser Damm in Berlin führt vom Hermannplatz im Süden Richtung Kottbusser Tor im Norden, er bildet die Grenze zwischen Kreuzberg und Neukölln. Eine breite Achse, drei Spuren in jede Richtung, breite, stets menschenvolle Gehwege, Geschäft an Geschäft. Fahrende Autos, parkende Autos, Paketboten, Taxis, Lieferverkehr, Baustellen. Bislang: kein Radweg.

Wer sich dennoch auf zwei Rädern ohne Motor hier hindurchtraute, für den glich die Fahrt einem staatlich geduldeten Überlebenstraining mit ungewissem Ausgang. „Wer irgendwie konnte“, sagt Masurat, „der machte einen Bogen um diese Strecke.“

Masurat allerdings macht jetzt keinen Bogen. Er setzt sich auf den Sattel und rollt los. „Absolut relaxed“, sagt er. „Großartig.“

Der Grund für dieses neue Fahrgefühl ist eine lange Reihe von Baustellenbaken, die nun die rechte Spur vom Rest der Straße trennen, dazu gelbe durchgezogene Linien. Wo früher Autos parkten, haben seit März die Räder ihren eigenen Weg.

Für Jahrzehnte war der Kottbusser Damm ein Straße gewordenen Symbol der Fahrradfeindlichkeit. Wird die Improvisation aus Baken und Linien jetzt zum Musterbaustein einer Verkehrswende in Deutschland? Zum Vorbild für viele andere Städte?

Als das Virus über die Welt kam, war der Gedanke in vielen Ländern ähnlich: Vielleicht könnte diese Pandemie ja auch eine Chance sein. Eine Gelegenheit zum Umsteuern. Die Welt könnte digitaler werden. Grüner. Und gab es ein passenderes Verkehrsmittel zur Krise als das Rad? Emissionsfrei, von Natur aus gesund, Ansteckungsrisiko gleich null - und mit seinem überschaubaren Radius wie gemacht für Zeiten, in denen weite Reisen ohnehin verdächtig waren.

Überall in Europa halfen Länder und Städte den Menschen nun aufs Rad. Italien legte eine Kaufprämie auf. Paris begründete ein ehrgeiziges Programm, das die französische Hauptstadt zu einer Fahrradmetropole machen wird, falls es denn komplett realisiert wird. Brüssel setzt gar auf die Umkehrung der Verhältnisse - und räumt Fahrradfahrern und Fußgängern in der gesamten Innenstadt pauschal Vorrang ein.

Wenn man bedenkt, was jahrelang alles nicht geschah und für unmöglich erklärt wurde, wirkt alles das wie eine kleines Radwunder.

Und in Deutschland? Erwies sich zumindest eines als unnötig: eine Radkaufprämie.

Der Boom in den Läden

Seit die Radgeschäfte nach dem Corona-Lockdown wieder öffnen durften, werden sie von den Kunden regelrecht bestürmt.

Aber folgt dem Kaufboom nun auch ein Fahrboom? Wandern die Räder nach den ersten fünf Corona-Ausflügen wieder in den Keller? Oder nutzen es die Menschen auch, wenn sie aus dem Homeoffice wieder ins Büro wechseln? Es ist jedenfalls kein Geheimnis, unter welchen Umständen sich Menschen aufs Rad setzen - und unter welchen nicht. Da geht es nicht ums Wetter, und auch nicht um die Länge. Das Wichtigste ist

die Sicherheit. Wer sich nicht sicher fühlt, steigt nicht aufs Rad.

Oder er tut künftig viel dafür, dass es sicherer wird. Das ist die andere Möglichkeit.

Dass Frank Masurat, Projektmanager bei der Lufthansa, zum Radfahrer wurde, ist gut sieben Jahre her. Bis dahin war er in der Luft so viel unterwegs, dass er die internationalen Flughäfen besser kannte als die eigene Stadt. Jetzt wollte er sein Leben ändern - und machte auf den Berliner Straßen eine verstörende Entdeckung: „Ich habe damals gemerkt, dass ich fast jede Woche einen ‚Beinaheunfall‘ hatte. Und das wollte ich ändern.“

Der Manager Masurat wurde Vorsitzender des Berliner ADFC, des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs, Berlins wichtigster Radlobbyist. 2016 kämpfte er für den Volksentscheid Rad und für das Mobilitätsgesetz, das aus dem Radentwicklungsland Berlin eine Modellstadt machen sollte.

„Verwirklicht wurde seitdem enttäuschend wenig“, sagt Masurat. „Aber das hier“, fügt er euphorisch hinzu, während er den Kottbusser Damm hinauffährt, „ist das erste Mal, dass auf mehreren Kilometern wirklich auf der Straße etwas passiert.“ Das Mobilitätsgesetz werde hier endlich mal in der Geschwindigkeit umgesetzt, die nötig sei.

Wobei auf der Straße tatsächlich viel passiert. Links rollen die Autos langsam, dicht an dicht. Auf der Radspur rollen die Räder, fast ebenso dicht an dicht. Nebeneinanderzufahren ist unmöglich, weil stets gleich jemand überholen möchte. Und wo die Baken nicht eng genug stehen, an der Baustelle vor dem Reformhaus zum Beispiel, steht dann auch gleich mal ein Opel, Münchner Kennzeichen, auf dem Radweg. Weswegen die Radfahrer einen

Schwenk hinüber auf die Autospur machen müssen
 „Der Maßstab für einen sicheren Radweg“, sagt Ragnild Sörensen von der Initiative Changing Cities, einer der treibenden Kräfte hinter den Berliner Pop-up-Radwegen, „ist, dass ihn ein Zehnjähriger allein gefahrlos benutzen kann.“ Es sollte allerdings, kann man nach ein paar Fahrten sagen, am Kottbusser Damm derzeit schon ein recht wacher Zehnjähriger sein.
 An einem anderen Corona-Radweg gab es in der Woche zuvor einen tödlichen Unfall, ein Rechtsabbieger hatte eine Frau übersehen. Ob Pop-up-Radwege sicher sind, lasse sich pauschal nicht beantworten, erklärt eine Sprecherin des Deutschen Verkehrssicherheitsrates. Es komme auf den Einzelfall an.
 Berlin ist nun nicht die einzige deutsche Stadt, die im Pandemie-Ausnahmestand neue Radwege hat aufpoppen lassen. Es gibt sie auch in Stuttgart, München und Düsseldorf. Dort aber sollen sie im Herbst wieder verschwinden, in Berlin hingegen sollen sie bleiben. Nirgends sind es auch so viele wie in der Hauptstadt, immerhin 20 Kilometer. Und in Berlin wiederum gibt es nirgends so viele wie im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Wenn die Pop-up-Radwege eine kleine Revolution beginnen sollen, dann tun sie dies auf jedenfalls auf sehr schmalem Raum. Warum gerade hier?
 Zum Gespräch vor dem Kreuzberger Rathaus rollt Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, 56, von den Grünen, auf dem Rad vor, einem E-Bike. Gerade komme sie aus Friedrichshain, sagt sie, alle Termine mache sie mit dem Rad. Alle? „Alle!“ Einen Dienstwagen hat sie nicht.
 Der Kulturkampf um die Straße Herrmann nimmt den Radhelm ab und erzählt von dem rauen Ton, den sie von Radaktivisten normalerweise gewohnt ist. „Diesmal haben sich alle bedankt.“ Die Arbeiter, die die Linien aufgemalt haben, hätten sogar Blumen bekommen. „Das Rad ist der Gewinner von Corona“, sagt sie und schwärmt von „der Ruhe, die Leute nicht so schnell vergessen werden“. Rechtlich sei der Weg eine „Baustellenanordnung“, geplant war der Weg seit Langem, die

Pandemie hätte es für die Umsetzung juristisch gar nicht gebraucht, sondern lediglich ideell, als Anstoß.
 So, versichert sie, werde es mit den Wegen nun weitergehen. Dies sei auch ein „Kulturkampf, da darf man nicht so zartbesaitet sein“. Und dieser Kulturkampf, wenn man ihn denn so nennen will, ist damit jetzt wohl eröffnet.
 In einer Umfrage sagten 94 Prozent der Radfahrer, sie fänden die neuen Radwege gut - aber nur 11 Prozent der Autofahrer.
 Und so klingt Volker Krane, Vorstand des Berliner ADAC, am Telefon zunächst noch recht versöhnlich, wenn er zunächst von einem „gewissen Trend vom Auto zum Rad“ spricht, und davon, dass sich auch ein Teil der eigenen Mitglieder wünsche, dass mehr für den Radverkehr getan wird. Von einer „intelligenten Verkehrssteuerung“ spricht er dann, „intelligentem Parken“ und einem „intelligenten Pendlersystem“, und es ist schon klar, dass er die Corona-Radwege für das Gegenteil hält, für ziemlich unintelligent. Eine „ideologisch aufgeladene Hauruckaktion“, so nennt er sie.
 Hikmet Uzun dagegen ist sicher kein Kulturkämpfer, aber auch er ist mit dem neuen Weg nicht glücklich. Oder zumindest mit dem, was er bewirkt. Uzun hat ein Geschäft für Haushaltswaren nahe dem Kottbusser Tor, wo der Damm schon Straße heißt, elf Angestellte, Waschmaschinen, Kühlschränke, solche Sachen. Doch dort, wo früher die Autos parkten, fahren jetzt die Räder. Und dort, wo früher seine Lieferanten und die Kunden hielten, in zweiter Reihe, ist jetzt zwar ein Parkverbot zum Be- und Entladen, das die Anwohner aber zum Dauerparken nutzen. „Das ist eine Katastrophe“, sagt Uzun, er habe schon ein weiteres Lager in einer Querstraße angemietet, „alles zusätzliche Kosten“. Und Jörg Fischer vom Fahrradladen nebenan, der „Radspannerei“, sagt, das Ordnungsamt müsse eben das Parkverbot kontrollieren, dann wäre alles gelöst. „Es wird leider nicht durchgegriffen“, sagt er, und dass ein Kreuzberger Fahrradhändler mit Hambacher Forst-Solidaritätsplakat am Tresen mehr Polizei vor seiner Tür wünscht, ist allein

schon bemerkenswert.
 Zumindest das klingt alles nicht unlösbar. Vielleicht erklärt das auch die Zuversicht von **Andreas Knie**. Knie ist Soziologe und Mobilitätsforscher, Professor am Wissenschaftszentrum Berlin, dem WZB, und als Anwohner des Kottbusser Damms in einer selten glücklichen Lage: Er kann von seinem Wohnzimmerfenster aus auf eines der interessantesten verkehrspolitischen Experimente des Landes blicken. Lauter sei es geworden, sagt er, weil die Rettungswagen auf der einen verbliebenen Spur nun immer die ganze Zeit das Horn anließen. Und den großen Corona-Fahrradboom sehe er bislang auch noch nicht. Im Mai jedenfalls hatte das Rad einen Anteil von zehn Prozent, fand das WZB heraus, sogar etwas weniger als im Mai des Vorjahres. Fahrradboom? „Man muss schon auf die Zahlen schauen“, sagt Knie.
 Allerdings kann Knie auch aus seinem Fenster schauen, und was er da sieht, stimmt ihn dann doch zuversichtlich. Er kennt ja sein Viertel, seit 1985 wohnt er hier. „Das hier ist nicht Prenzlauer Berg oder Charlottenburg, das hier ist ein Hardcore-Feld“, sagt Knie. Keine Straße also, in dem die akademische Mittelschicht ihre Kinder morgens ins Lastenrad bittet, sondern in dem noch das Auto die Mobilität definiert.
 Hier eine ganze Spur den Autos zu nehmen und den Rädern zu geben, „das ist ein Meilenstein in der Berliner Verkehrsgeschichte, da lege ich mich jetzt mal fest“, sagt Knie.
 Und dann blickt er auf den Strom der Radfahrer, auf diesen Weg, der erst mit der Pandemie gekommen ist - und der zumindest in diesem Moment so wirkt, als müsse er schon immer da gewesen sein.
 Zitat-Text:
 Ein Meilenstein in der Berliner Verkehrsgeschichte.
 Prof. **Andreas Knie**, Mobilitätsforscher am Wissenschaftszentrum Berlin, über den Pop-Up-Radweg am Kottbusser Damm
 Das Rad ist der Gewinner von Corona.
 Monika Herrmann Bezirksbürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg.

Fotograf:

Fotos: Jochen Tack/Ruhrtal-Radweg, Imago Images, Winfried Rothermel/Imago Images

Abbildung:

Eine „ideologisch aufgeladene Hauruckaktion“ – oder ein großer Gewinn? Am Kottbusser Damm in Berlin wurde während des Lockdowns ein Pop-Up-Radweg geschaffen – der nun dauerhaft bleiben soll.

Fotograf:

Jaqueline Schulz

Abbildung: „Das erste Mal, dass wirklich etwas passiert“: Lufthansa-Manager Frank Masurat (oben) ist zum Rad-Aktivisten geworden, weil er sich auf den Berliner Straßen bedroht fühlte. Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (links) hält die Ausweisung neuer Radwege zulasten des Autoverkehrs auch für einen Kulturkampf. Hikmet Uzun (unten) verkauft in seinem Geschäft am Kottbusser Damm unter anderem Waschmaschinen. Dass Kunden vor seinem Laden keine Parkplätze mehr finden, hält er für eine „Katastrophe“.

Fotograf: Jaqueline Schulz
Abbildung: Radschild Radweg Schild Sonntag
Fotograf: RND
Wörter: 1709

Seite: 60
 Ressort: Wissenschaft
 Seitentitel: WISSENSCHAFT

Mediengattung: Sonntagszeitung
 Nummer: 27
 Auflage: 230.767 (gedruckt) ¹ 221.594 (verkauft) ¹
 235.886 (verbreitet) ¹
 Reichweite: 0,830 (in Mio.) ²

Serientitel: Soziale Systeme

¹ IVW 1/2020

² AG.MA ma 2020 Pressemedien I

SOZIALE SYSTEME

Der Kosmos der Kosmopoliten

Können Soziologen etwas erforschen, dem sie selbst eine bestimmte Entwicklung wünschen?

Von Gerald Wagner

Die deutsche Gesellschaft ist wieder mal sehr gespalten. Gern wird die griffige Metapher der Spaltung in zwei Teile auch mit einem dramatisierenden "immer mehr" versehen: Nie war anscheinend mehr Spaltung als heute. Wahlweise in links und rechts, oben und unten, Reich und Arm, Ost und West oder, sehr aktuell: in die, die sich große Sorgen machen um gesellschaftlichen Rassismus, und jene, die dann wohl die Rassisten sein müssten. Oder zumindest dem Phänomen der Diskriminierung von Menschen anhand ihrer Hautfarbe eher gleichgültig gegenüberstünden. Was hat die politische Soziologie mit ihrer aktuellen Forschung zum Verständnis der sozialen Spaltungen des Landes beizutragen?

In einem aktuellen Beitrag der Zeitschrift "Leviathan" hat **Michael Zürn** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung den Stand der Debatte innerhalb der Soziologie jetzt prägnant dargestellt. Mit etwas Abstand zur hitzigen Auseinandersetzung um die Frage, ob Rassismus in der Polizei eher ein Problem der Amerikaner oder auch bei uns ein Grund zur Sorge ist, lässt sich die dominante Konfliktlinie der globalisierten Gesellschaften als die Gegnerschaft von Kommunitaristen und Kosmopoliten beschreiben. Es greift zwar ein wenig zu kurz, aber im Wesentlichen lässt sich diese Polarisierung auch als die Spaltung der Gesellschaft in Globalisierungsverlierer und eben Gewinner darstellen. Eine andere prägnante Charakterisierung hat sie auch als die Heimatverbundenen und die "Frequent Flyers" einander gegenübergestellt. Nun streitet man sich in der Forschung seit rund 20 Jahren, ob man diesen neuen Konflikt eher sozio-ökonomisch, sozio-kulturell oder sozio-politisch verstehen

sollte. Die drei großen Fragen, die derzeit unsere Gesellschaften spalten, berühren diese drei Dimensionen gleichermaßen: Wie offen oder geschlossen sollen die nationalstaatlichen Grenzen für Migranten sein? Ist die Übertragung politischer Kompetenzen an europäische und internationale Institutionen alternativlos? Und schließlich: In welchem Verhältnis stehen Individualrechte und politische Mehrheitsentscheidungen?

Der Politikwissenschaftler **Zürn** richtet an die aktuelle soziologische Forschung hierzu zwei Tadel - einen größeren und einen kleineren. Letzterer betrifft die sozio-politische Dimension des Konflikts, den die gegenwärtige Forschung ignoriere, so **Zürn**. Darum bleibe es für diese Forschung auch rätselhaft, warum so viele Globalisierungsverlierer - also die sogenannten Kommunitaristen - rechtspopulistische Parteien wählten, obwohl ihnen doch die Linken viel mehr sozialen Schutz versprochen. **Zürn** zufolge würden die Kommunitaristen allerdings nur noch die Versprechungen der Rechten glauben, weil nur diese auf ihr Gefühl der politischen Exklusion und Machtlosigkeit antworteten. Insbesondere die Flüchtlingsfrage habe zu dem Eindruck beigetragen, dass eine Politik der offenen Grenzen von einer Mehrheit abgelehnt werde, aber nie zur politischen Disposition stand. Drastisch formuliert Zürn, dass sich die "Wahrnehmung einer politischen Klasse, die völlig abgehoben von der einfachen Bevölkerung ihr Ding macht und dabei den Interessen einer verwöhnten und tendenziell korrupten kosmopolitischen Klasse diene", von diesem Moment an "rasend schnell ausbreite."

Zürns zweiter Tadel ist schwerwiegender. In der soziologischen Forschung zu den Konfliktlinien der Modernisierung

halte sich eine "geschichtsphilosophische Teleologie" verborgen, die das Gebot der wissenschaftlichen Wertfreiheit verletze. Die Begriffe Kommunitaristen und Kosmopoliten hätten bei ihm das explizite Ziel, die beiden ideellen Positionen dahinter auf "Augenhöhe" oder Gleichwertigkeit zu bringen. Andere Autoren, kritisiert Zürn, arbeiten dagegen mit Begriffen, die eine "theoretische Asymmetrie" zwischen den beiden Lagern herstellten. Die Modernisierungsverlierer und Rechtswähler, die dem Nationalstaat hintertrauten, stünden bei diesen Autoren als "atavistische Bremser" gegenüber der Modernisierung der Gesellschaft da. Wenn Zürn anmerkt, er selbst stufe aufgrund persönlicher "normativer Gesichtspunkte" die beiden Positionen natürlich auch nicht als "gleichwertig" ein, bestehe aber aus wissenschaftlichen Gründen auf dieser Symmetrie, dann trifft er mit seinem Tadel die Soziologie an einer sehr empfindlichen Stelle. Er trifft sie in der Frage, wie sehr sie in diesem sozialen Konflikt als Wissenschaft selbst Partei ist.

Schließlich dürften sich alle Soziologen selbst als Kosmopoliten begreifen, welche die Bedeutung ihrer Arbeit vor allem in deren Beitrag zur Modernisierung der Gesellschaft sehen möchten. Wünscht sich, wer über den Konflikt zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten forscht, nicht insgeheim den Sieg Letzterer? Kann man, anders formuliert, "soziologische Aufklärung" (Niklas Luhmann) betreiben, ohne davon überzeugt zu sein, dass die wissenschaftliche Selbstbeobachtung der Gesellschaft zu deren Verbesserung unvermeidlich beitragen müsse? Oder an **Michael Zürn** gerichtet: Trägt, wer als Forschung auf der "Augenhöhe" der beiden Lager beharrt, nicht zur Aufwer-

tung der "normativ schmutzigen Variante" des Kommunitarismus bei? **Michael Zürn:** Zurück zur Sozialistischen Internationale? In: Leviathan Vol. 48/2020 (2)

Wörter: 695

© 2020 PMG Presse-Monitor GmbH

Autor: Philipp Vetter
Seite: 37 bis 37
Ressort: Sonderthemen
Rubrik: SONDERTHEMEN

Seitentitel: WSBE-VP1
Ausgabe: Hauptausgabe

¹ IVW 4/2017

² AG.MA ma 2020 Pressemedien I

Mediengattung: Sonntagszeitung
Jahrgang: 2020
Nummer: 27
Auflage: 419.003 (gedruckt) ¹ 350.924 (verkauft) ¹
 369.440 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,861 (in Mio.) ²

Das Rad der Zeit

Die Pandemie verändert das Mobilitätsverhalten der Deutschen. Sie fahren mit dem Fahrrad oder Auto. Aber bleibt das so?

Philipp Vetter

Eigentlich hätte der April ein schlechter Monat werden müssen: In den meisten Bundesländern waren die Geschäfte in den ersten Wochen wegen der Corona-Pandemie geschlossen. Doch es gab eine Branche, die trotzdem noch Rekorde einfuhr: Fahrradhändler. Um 20 bis 30 Prozent sei der Umsatz aus dem April des Vorjahres übertroffen worden, und das an nur zehn Verkaufstagen, sagt David Eisenberger vom Zweirad-Industrie-Verband (ZIV). "Wir hören von den Händlern, dass der April gut war und der Mai der beste Monat aller Zeiten", sagt er.

Die Folgen kann man derzeit auf Radwegen und an fast jeder Ampel beobachten: Es sind deutlich mehr Radfahrer unterwegs. Auch auf den Straßen waren die Staus nach dem Ende des Lockdowns schnell wieder so lang wie vor dem Ausbruch der Pandemie. Im Gegenzug beklagen die Betreiber von U-Bahnen und Bussen, dass sie weniger Fahrgäste haben. Die Corona-Krise hat das Mobilitätsverhalten vieler Deutscher verändert, zumindest fürs Erste. Die Frage ist nun: Bleibt das so? Oder verschwinden die Fahrräder bald wieder im Keller?

Die Verkehrsforscher des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) haben in einer Befragung festgestellt, dass sich fast zwei Drittel der Deutschen unwohler in öffentlichen Verkehrsmitteln fühlen als vor dem Ausbruch des Coronavirus. Ein Drittel derer, die kein Auto besitzen, vermissen in der Pandemie ein eigenes Fahrzeug. Immerhin sechs Prozent planen, ein Auto anzuschaffen. Zu spüren bekommen das Unwohlsein die Betreiber der öffentlichen Verkehrsmittel.

Zwar hat sich die Zahl der Fahrgäste seit dem Tiefpunkt während des Lock-

downs etwas erholt, doch vom Vorkriseniveau ist man noch weit entfernt, sagt ein Sprecher des Verbandes der Verkehrsunternehmen (VDV). In Großstädten fahren derzeit nur etwa 50 bis 60 Prozent der vor der Corona-Krise üblichen Passagiere mit Bussen und Bahnen. Auf dem Land sind es teilweise noch viel weniger. Das liegt vor allem daran, dass viele Nutzer, die auf den ÖPNV angewiesen sind, noch nicht zurück im Alltag sind: Schüler und Studenten sorgen normalerweise für volle Busse und Bahnen. Doch solange der Unterricht nicht regulär läuft, bleiben viele Sitze leer.

Außerdem fehlen laut VDV vor allem die Touristen und Besucher von Großveranstaltungen wie Fußballspielen oder Konzerten. "Die Gelegenheitskunden fehlen, weil die Anlässe fehlen", sagt der Sprecher. Und da diese Kunden in der Regel die teureren Tickets kaufen, ist das Minus bei den Einnahmen noch größer als das bei den Fahrgastzahlen. Die Normalisierung laufe langsamer als gedacht. Die Maskenpflicht im ÖPNV habe geholfen, einigen Mitfahrern wieder ein besseres Gefühl zu geben, glaubt man beim VDV. Zudem würden inzwischen bei den Bussen und Bahnen in der Regel an allen Haltestellen alle Türen geöffnet, was zu einer "permanenten Stoßlüftung" führe. Die Maßnahmen wirken ein wenig hilflos angesichts der Angst vor dem Virus.

Da steigen viele für die unvermeidbaren Wege wie den zur Arbeit aufs Auto um. "Die Dominanz des Autos ist noch stärker als vor der Pandemie", sagt Verkehrsforscher **Andreas Knie** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Schon in der Phase des Lockdowns sei der Autoverkehr im Vergleich zu Bus und Bahn deutlich weniger zurückgegangen. Die Menschen leg-

ten wegen des Virus nun wieder mehr Strecken mit dem Auto zurück. Vor der Krise seien es etwa 50 Prozent aller Wege gewesen, zur Hochzeit der Pandemie etwa 75 Prozent.

Allerdings steigen nicht alle, die sonst Bahn und Bus fahren, aufs Auto um. Viele holen das Fahrrad wieder mal aus dem Keller. In Städten wie in Berlin verzeichnen die automatischen Zählstellen in den vergangenen Wochen einen deutlichen Anstieg des Fahrradverkehrs, der nicht nur mit dem überwiegend guten Wetter zu erklären ist. Beim Fahrrad-Club ADFC freut man sich über einen "regelrechten Boom". Der Anteil des Fahrrads am Gesamtverkehr habe sich verdreifacht in der Pandemie, sagt ADFC-Expertin Stephanie Krone. "Ob der Boom im Alltagsverkehr anhält, hängt davon ab, wie schnell es den Kommunen gelingt, die Fahrradinfrastruktur auszubauen." Denn oft seien die Radwege nicht nur in schlechtem Zustand, sondern auch nicht breit genug, um genug Platz für die vielen Coronaradler zu bieten. "Gerade die Neuaufsteiger werden dem Rad nur treu bleiben, wenn sich das Radfahren sicher und komfortabel anfühlt - auch wenn der Autoverkehr wieder mit voller Wucht zurück in die Städte gekommen ist", sagt Krone.

Das ist nun die Frage: Bleibt es beim veränderten Verhalten, auch wenn die Infektionszahlen sinken und vielleicht irgendwann ein Impfstoff verfügbar sein sollte? "Das ist eine Momentaufnahme", glaubt Verkehrsforscher Knie. Die Tatsache, dass die Zulassung von Autos massiv eingebrochen sei, zeige, dass nicht mehr neue Autos auf die Straße kämen, sondern weniger. Stattdessen seien Carsharing-Anbieter teilweise wieder bei jenen Nutzungszahlen angekommen, die sie vor der Krise verzeich-

net hätten. "Wir befinden uns bereits seit einigen Wochen im Erholungsmodus und merken, dass das Geschäft wieder anzieht", heißt es bei Share Now, dem Carsharing-Dienst von Daimler und BMW. Der Trend zum Fahrrad dagegen habe auch vor der Pandemie schon bestanden, sagt Knie. Die Entwicklung sei durch das Virus nur beschleunigt worden und werde sich daher wohl fortsetzen, wenn ein Impfstoff verfügbar sein sollte. "Es gibt eine kurzfristige Dominanz des Autos", sagt Knie. "Aber es gibt keinen Hinweis auf eine dauerhafte Rückkehr."

Abbildung: In Großstädten nutzen derzeit etwa halb so viele Menschen Busse oder Bahnen wie vor der Corona-Krise - auf dem Land noch weniger

Fotograf: PA/ dpa/ Bernd Wüstneck

Fotograf: Bernd Wüstneck

Wörter: 848

Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Autor: Philipp Vetter
Seite: 35 bis 35
Ressort: Sonderthemen
Rubrik: Sonderthemen

Mediengattung: Sonntagszeitung
Jahrgang: 2020
Nummer: 27

Strampeln!

Seit der Pandemie fahren die Deutschen wieder mehr mit dem Fahrrad oder mit dem Auto. Aber bleibt das so?

Philipp Vetter

Eigentlich hätte der April ein schlechter Monat werden müssen: In den meisten Bundesländern waren die Geschäfte in den ersten Wochen wegen der Corona-Pandemie geschlossen. Doch es gab eine Branche, die trotzdem noch Rekorde einfuhr: Fahrradhändler. Um 20 bis 30 Prozent sei der Umsatz aus dem April des Vorjahres übertroffen worden, und das an nur zehn Verkaufstagen, sagt David Eisenberger vom Zweirad-Industrie-Verband (ZIV). "Wir hören von den Händlern, dass der April gut war und der Mai der beste Monat aller Zeiten", sagt er.

Die Corona-Krise hat das Mobilitätsverhalten vieler Deutscher verändert, zumindest fürs Erste. Die Frage ist nun: Bleibt das so?

Die Verkehrsforscher des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) haben in einer Befragung festgestellt, dass sich fast zwei Drittel der Deutschen unwohler in öffentlichen Verkehrsmitteln fühlen als vor dem Ausbruch des Coronavirus. Zu spüren bekommen das die Betreiber. Zwar hat sich die Zahl der Fahrgäste seit dem Tiefpunkt während des Lockdowns etwas erholt, doch vom Vorkrisenni-

veau ist man noch weit entfernt, sagt ein Sprecher des Verbandes der Verkehrsunternehmen (VDV). In Großstädten fahren derzeit nur etwa 50 bis 60 Prozent der vor der Corona-Krise üblichen Passagiere mit Bussen und Bahnen. Ein Drittel derer, die kein Auto besitzen, vermissen in der Pandemie ein eigenes Fahrzeug. Immerhin sechs Prozent planen, ein Auto anzuschaffen.

"Regelrechter Boom" "Die Dominanz des Autos ist noch stärker als vor der Pandemie", sagt Verkehrsforscher **Andreas Knie** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Vor der Krise seien es etwa 50 Prozent aller Wege gewesen, zur Hochzeit der Pandemie etwa 75 Prozent. Allerdings steigen nicht alle, die sonst Bahn und Bus fahren, aufs Auto um. Viele holen das Fahrrad wieder aus dem Keller. Beim Fahrrad-Club ADFC freut man sich über einen "regelrechten Boom". Der Anteil des Fahrrads am Gesamtverkehr habe sich verdreifacht in der Pandemie, sagt ADFC-Expertin Stephanie Krone. "Ob der Boom im Alltagsverkehr anhält, hängt davon ab, wie schnell es den Kommunen gelingt, die Fahrradinfrastruktur auszubauen. Gerade die Neuaufsteiger werden dem Rad nur treu

bleiben, wenn sich das Radfahren sicher und komfortabel anfühlt - auch wenn der Autoverkehr wieder mit voller Wucht zurück in die Städte gekommen ist."

Trend zum Rad schon älter Das ist nun die Frage: Bleibt es beim veränderten Verhalten, auch wenn die Infektionszahlen sinken und vielleicht irgendwann ein Impfstoff verfügbar sein sollte? "Das ist eine Momentaufnahme", glaubt Verkehrsforscher Knie. Die Tatsache, dass die Zulassung von Autos massiv eingebrochen sei, zeige, dass nicht mehr neue Autos auf die Straße kämen, sondern weniger. Stattdessen seien Carsharing-Anbieter teilweise wieder bei jenen Nutzungszahlen angekommen, die sie vor der Krise verzeichnet hätten.

Der Trend zum Fahrrad dagegen habe auch vor der Pandemie schon bestanden, sagt Knie. Die Entwicklung sei durch das Virus nur beschleunigt worden und werde sich daher wohl fortsetzen, wenn ein Impfstoff verfügbar sein sollte. "Es gibt eine kurzfristige Dominanz des Autos", sagt Knie. "Aber es gibt keinen Hinweis auf eine dauerhafte Rückkehr."

Abbildung: Die Zukunft? Teilnehmer der Fahrraddemo von Extinction Rebellion im Juni in Berlin
Fotograf: dpa/ Michael Kappeler
Fotograf: Michael Kappeler
Wörter: 490
Urheberinformation: (c) Axel Springer SE

Seite: 23
 Ressort: Wirtschaft
 Seitentitel: WIRTSCHAFT
 Mediengattung: Sonntagszeitung

Nummer: 27
 Auflage: 230.767 (gedruckt)¹ 221.594 (verkauft)¹
 235.886 (verbreitet)¹
 Reichweite: 0,830 (in Mio.)²

¹ IVW 1/2020

² AG.MA ma 2020 Pressemedien I

Rabenväter? Von wegen!

In der Corona-Zeit mussten sich Eltern viel mehr um ihre Kinder kümmern. Das haben längst nicht nur die Mütter gemacht.

Von Patrick Bernau

Auf Frankfurts Spielplätzen war in den vergangenen Monaten ein ungewohntes Bild zu sehen, zumindest wenn man die richtigen Stadtviertel besuchte. Da standen am helllichten Tag ausgewachsene Männer, die man mit ihren Kindern sonst nur am Sonntagmorgen beim Bäcker sieht oder vielleicht noch auf einer Radtour am Samstag, und sie schubsten an Schaukeln, reichten Hände aufs Klettergerüst oder fingen ihre Kleinen am Rutschenauslauf auf.

Eigentlich war mit so vielen Männern auf dem Spielplatz nicht zu rechnen, zumindest nicht nach der Prognose von **Jutta Allmendinger**, der Präsidentin des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB). "Eine Rollenverteilung zwischen Müttern und Vätern, die jener in der Generation unserer Eltern und Großeltern entspricht", sei "belegt", rief sie schon im Mai in einem Beitrag für die "Zeit" aus. Nun sieht so eine Rollenverteilung aus den 50er Jahren wochentags keine Männer auf dem Spielplatz vor. Doch Allmendinger war nicht die Einzige. "Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter" hieß es in einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Verlässliche Daten gab es damals kaum. Der Bericht des DIW hatte noch keine neue Umfragedaten, die Autoren konnten nur mutmaßen. Allmendingers WZB hatte selbst eine Online-Umfrage vorgenommen, die allerdings nicht repräsentativ war und zudem nur geringe Unterschiede zwischen den Arbeitszeit-Entwicklungen von Männern und Frauen aufzeigte. Eine einzige repräsentative Studie gab es damals, die Vergleiche zwischen der Corona-Zeit und dem normalen Leben zuließ. Sie kam von der

Hans-Böckler-Stiftung und deutete darauf hin, dass zwar Mütter häufiger für die Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit reduzierten. Doch sie zeigte auch, dass Väter öfter als zuvor zu Hauptbetreuern der Kinder avancierten.

Inzwischen ist viel deutlicher geworden, was in der Corona-Krise tatsächlich passiert ist. Und es stellt sich heraus: Die Männer auf den Frankfurter Spielplätzen waren in den vergangenen Wochen keine Besonderheit. Es gab sie in vielen Orten Deutschlands. Drei neue Untersuchungen geben ein ziemlich klares Bild von der Aufgabenteilung der Familien während der Krise.

Erstens: Das Institut für Demoskopie Allensbach hat für das Familienministerium fast 1500 Eltern befragt. Die meisten Eltern sagten, die Aufteilung der Kinderbetreuung habe sich zwischen ihnen nicht verändert. Bei einigen wurde die Aufteilung gleicher, bei anderen ungleicher - beide Gruppen waren ungefähr gleich groß. Wichtig sei, "dass viele Mütter und Väter die Herausforderungen dieser Zeit zunehmend gemeinsam schultern", sagte Familienministerin Franziska Giffey der F.A.Z. - das sei aus ihrer Sicht "das zentrale Ergebnis der Elternbefragung".

Allensbach zeigt, dass 22 Prozent der Mütter zur Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit verkürzt haben, aber nur 18 Prozent der Väter. Dafür allerdings haben Väter ihre Arbeitszeiten stärker reduziert - so geht es aus einer zweiten Untersuchung hervor, die Wissenschaftler am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit für Mitarbeiter in größeren privatwirtschaftlichen Betrieben vorgenommen haben. Mütter arbeiten demnach häufiger zu Hause und zu unüblicheren Zeiten als Väter. Sie sagen auch häufiger, dass ihnen die Konzen-

tration schwerfällt. Väter aber haben ihre Arbeitszeit insgesamt stärker zurückgefahren. Im April arbeiteten sie wöchentlich im Durchschnitt fast sechs Stunden weniger als im Vorjahr. Mütter fingen mit niedrigeren Arbeitszeiten an, reduzierten die aber im Mittel nur halb so stark, um rund drei Stunden. Und: Mütter reduzierten ihre Arbeitszeit weniger als kinderlose Frauen, Väter reduzierten sie stärker als kinderlose Männer.

Drittens hat das Sozioökonomische Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bei mehr als 1500 Eltern nachgefragt: Männer wie Frauen gaben dabei durchschnittlich an, dass sie in der Corona-Zeit täglich rund zwei Stunden mehr mit den Kindern verbringen. Insgesamt, so zeigen es Rechnungen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, fällt nicht mal jede 25. Arbeitsstunde der Kinderbetreuung zum Opfer.

Jede der Befragungen basiert auf etwas anderen Methoden, in einem sind sich alle einig: Das Bild ist nicht so eindimensional, wie es anfangs gezeichnet wurde. Die Männer sind keine Rabenväter, die ihre Frauen mit der Kinderbetreuung alleinlassen. Eher teilen sich beide die zusätzlichen Stunden. So gesehen könnte man die Aufteilung der Corona-Kinderbetreuung durchaus als Errungenschaft betrachten. Warum geschieht das nicht?

Das liegt einerseits an den Lebenswirklichkeiten. Die Vorkämpfer der Gleichberechtigung während des Corona-Lockdowns fanden sich nicht unbedingt in der gebildeten, urbanen Welt der Wissenschaftler. Im Gegenteil: Im Lockdown waren Wissenschaftlerinnen offenbar öfter mit der Kinderbetreuung beschäftigt als Wissenschaftler. Das lassen zumindest die Verfasserlisten neuer

Studien erahnen, die bei Fachzeitschriften zur Veröffentlichung eingereicht werden. Auch aus dem sozioökonomischen Panel geht hervor, dass hochgebildete Frauen ihre Kinderbetreuung viel stärker ausgeweitet haben als hochgebildete Männer.

Die Gleichberechtigung wurde dagegen anderswo gestärkt: bei Männern mit mittlerer Bildung und vielleicht auch bei Männern mit geringer Bildung. Sie haben in der Krise viel mehr Zeit mit ihren Kindern verbracht als sonst, wie DIW-Forscherin Sabine Zinn ausgewertet hat. Auch die Hans-Böckler-Stiftung bemerkt: Die Männer, die jetzt zu Hauptbetreuern ihrer Kinder avancierten, sind vor allem die mit wenig Bildung - "ganz überwiegend gering qualifizierte Männer in Haushalten mit hohem Gesamteinkommen", sagt Bettina Kohlrausch von der Hans-Böckler-Stiftung.

Das liegt nicht unbedingt an der Kurzarbeit, denn die trifft in der Corona-Krise Männer und Frauen gleichermaßen. "Männer machen wahrscheinlich weniger Überstunden als noch vor der Krise", sagt Corinna Frodermann am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Und sie betont: "Frauen leisten sowieso schon mehr Kinderbetreuung." Da liegt der zweite Grund für die geringe Anerkennung der Väter. Dass während der Corona-Krise die Kindertageschließungen von beiden gleichmäßig aufgefangen wurden, reicht vielen Forscherinnen und Forschern nicht. Die Männer hätten nach ihrem Willen mehr übernehmen sollen. "Wie viel mehr sollen Mütter eigentlich noch arbeiten?", fragt Jutta Allmendinger, auf die neueren Studien angesprochen, und meint damit die Kombination aus bezahlter Arbeit und Tätigkeiten in der

Familie. Ihre These: Die Frauen könnten gar nicht mehr viel zusätzliche Betreuung übernehmen. Dass die Rollenverteilung während des Corona-Lockdowns der in früheren Generationen entspreche - "diese Aussage kann ich immer noch tragen".

Andere allerdings wollen sich diese Position bei allen Diskussionen um Ansprüche und Milieus nicht zu eigen machen. Am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sagt Sabine Zinn: "Es tut sich etwas, die Männer haben mitgeholfen."

Was das für die Zukunft bedeutet, darüber lässt sich als Nächstes spekulieren. Beim Elterngeld haben Vätermonate bewirkt, dass sich die Männer auch in den Folgejahren mehr um ihre Kinder kümmern. Mal sehen, was Corona verändert.

Abbildung: In den vergangenen Monaten sind mehr Väter zu Hauptbetreuern ihrer Kinder geworden.
Abbildung: Foto Imago
Wörter: 1038

Autor: Henning Kruse
Seite: 12
Ressort: Nachrichten

Jahrgang: 2020
Nummer: 15
Auflage: 28.043 (gedruckt)¹ 14.282 (verkauft)¹
 30.423 (verbreitet)¹

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

¹ IVW 1/2020

Sharing am Scheideweg

Webcast zur Mobilität in den Metropolen nach Corona

MÜNCHEN. Das Mobilitätsverhalten der Menschen hat sich durch die Pandemie verändert. Große Gewinner sind das Auto und das Fahrrad. Verlierer ist der öffentliche Nahverkehr. Viele Menschen meiden Busse und Bahnen aus Angst vor Ansteckung. Doch wie nachhaltig werden die Verschiebungen sein? Im Webcast der Automobilwoche zum Thema "Mobilität in den Metropolen - wie sieht der urbane Verkehr nach Corona aus?" herrschte Einigkeit, dass der öffentliche Raum neu und effizienter aufgeteilt werden muss. Und dass trotz aller Rückschläge und eines ruinösen Wettbewerbs dem Sharing-Gedanken die Zukunft in einer Smart City gehört. "Es ist kein schneller, sondern ein langsamer Wandel", sagte Olivier Reppert, CEO des von Daimler und

BMW betriebenen Mobilitätsunternehmens Share Now. Der Sharing-Anbieter hatte gerade in der Lockdown-Phase Umsatzverluste zu beklagen, berichtet nun aber über ein anziehendes Geschäft. Dennoch fordert Reppert mehr Unterstützung der Städte beim Aufbau einer Ladeinfrastruktur, damit der Anbieter die Flotte schneller elektrifizieren kann. Zudem gebe es eine klare Benachteiligung bei den Parkgebühren.

"Das Eigentum an einem privaten Verkehrsmittel in Großstädten muss die Ausnahme sein und der kollektive Nutzen der Verkehrsmittel das Maß der Dinge", sagte **Andreas Knie**, Mobilitätsforscher am Wissenschaftszentrum Berlin. Knie forderte nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein Erneuerbare-Mobilitäts-Gesetz, um

Alternativen zu fördern. Noch seien die deutschen Städte auf die Privilegierung des Autos ausgerichtet, obwohl die Fahrzeuge 90 Prozent der Zeit "dumm rumstehen".

Pascal Blum, Co-Gründer und CEO des Berliner Elektroroller-Herstellers Unu, sieht in einem starken öffentlichen Personennahverkehr den Schlüssel, damit andere Sharing-Angebote für "die letzte Meile" Erfolg haben.

Gleichwohl wird es laut Blum zu einer weiteren Marktberreinigung bei den Sharing-Diensten kommen: "In jeder Kategorie wird es nur noch ein bis zwei Anbieter geben."

Das Video sehen Sie unter [automobilwoche.de/15-20-122](https://www.automobilwoche.de/15-20-122)

Abbildung: Debatte um die Mobilität: Pascal Blum, Olivier Reppert, Moderator Henning Kruse und Andreas Knie (im Uhrzeigersinn).

Wörter: 293

Seite: 10 bis 10
Ressort: Berlin
Rubrik: Berlin

Jahrgang: 2020
Nummer: 0
Auflage: 81.293 (gedruckt) ¹ 83.690 (verkauft) ¹
89.653 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,277 (in Mio.) ²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 4/2019

² AGMA ma 2019 Tageszeitungen

Bis zu 25 Prozent mehr Radverkehr

Vor allem außerhalb des Zentrums melden offizielle Messstellen beachtliche Zuwächse

Peter Neumann

Liegt es an Corona? Oder daran, dass immer mehr Menschen auf den Geschmack kommen? Aktuelle Ergebnisse der Zählstationen des Senats zeigen, dass der Radverkehr an mehreren Stellen in Berlin deutlich zugenommen hat. So wurden in der Frankfurter Allee in Friedrichshain seit Januar 21,4 Prozent mehr Radfahrer gezählt als im selben Zeitraum des vergangenen Jahres. In der Alberichstraße in Biesdorf schlugen die Sensoren sogar 24,8 Prozent häufiger an. Bislang zählen die Messstellen nur im Geheimen, ohne dass die Radfahrer etwas davon merken. Doch dabei soll es nicht bleiben, kündigte Verkehrssenatorin Regine Günther jetzt an. „Wir wollen das Netz der Messstellen durch Zählstationen ergänzen, die man gut sehen kann“, sagte die Grünen-Politikerin.

Mit Digitalanzeige

Herzstück sind Digitalanzeigen, die jedes Mal umspringen, wenn ein Radfahrer vorbeifährt. „So wird jeder Interessierte verfolgen können, in welchem Maße ein Straßenabschnitt von Radfahrern genutzt wird“, so die Senatorin. „Wir wollen an den Stationen auch die Möglichkeit einrichten, Reifen aufzupumpen. Solche Serviceeinrichtungen gibt es bereits in anderen Städten, zum Beispiel in Brüssel.“ In Deutschland findet man Zählstationen mit Digitalanzeige unter anderem in Hamburg, Hannover, Bremen und Münster. Anders als verborgene Radverkehrsmessstellen, wie sie in Berlin an 17 Orten installiert wurden, liefern sie nicht nur interessante Daten. Sie werben auch für diese Art der Fortbewegung – indem sie zeigen, dass ziemlich viele Radfahrer unterwegs sind.

Messdaten der bestehenden Berliner Stationen bestätigen den Eindruck, dass der Radverkehr in diesem Jahr auch

außerhalb der Innenstadt angestiegen ist. So wurden in der Berliner Straße in Pankow in diesem Jahr bis zum 3. Juli 12,2 Prozent mehr Radfahrer gezählt als im selben Zeitraum des vergangenen Jahres. In der Spandauer Klosterstraße schlugen die Sensoren um 15,7 Prozent häufiger an, am Breitenbachplatz in Dahlem betrug der Anstieg sogar 23,1 Prozent. Zählstationen, die zentraler liegen, meldeten geringere Zuwächse auf höherem Niveau. In der Monumentenstraße in Schöneberg waren es 8,3 Prozent. An der Jannowitzbrücke, die am stärksten frequentierten Radleroute mit einer Zählstation, sank die Zahl der Radfahrer um rund 10.000 – auf allerdings immer noch respektable 1.406.000.

Warum der Radverkehr zunimmt, lässt sich noch nicht abschließend erklären. Viele Menschen meiden den Nahverkehr. Sicher ist auch, dass Radfahren im Trend liegt, und dass das Wetter bisher günstig ist. Aber welchen Anteil hat Corona? „Erzwungene Nahmobilität und schönes Wetter begünstigen das Zu-Fuß-Gehen und das Fahrradfahren“, heißt es im deutschlandweiten Mobilitätsreport, den das Meinungsforschungsinstitut Infas, Motiontag und das **Wissenschaftszentrum Berlin** Ende Mai vorgelegt haben.

Allerdings ist vor allem der Fußverkehr angestiegen. Beim Radverkehr kommen die Autoren zu unterschiedlichen Einschätzungen. Generell verharre der Anteil an den zurückgelegten Wegen bei etwas über zehn Prozent, heißt es. Zugleich zeigen die vorläufigen Zwischenergebnisse, dass nachmittags mehr Radfahrer unterwegs sind als früher. Zugleich glauben die Forscher: „Der Autoverkehr wird sich vermutlich die Freiräume, die er vorübergehend dem Radverkehr überlassen hat, ganz überwiegend zurückholen.“

Weitere Radfahrstreifen geplant
Friedrichshain-Kreuzberg und andere Bezirke haben während der Pandemie

damit begonnen, Radfahrern mehr Platz zu schaffen – mit temporären Radfahrstreifen, die sich inzwischen über mehr als 26 Kilometer erstrecken. Der Senat hat bekräftigt, dass alle Pop-up-Bikelanes dauerhaft erhalten bleiben. Unweit der Zählstelle in der Frankfurter Allee wurde am 27. Mai stadteinwärts ein solcher Fahrstreifen abgetrennt. Seitdem haben mehr als eine Viertelmillion Radfahrer die Messstation passiert – 27 Prozent mehr als im selben Zeitraum 2019. Zu dem Anstieg könnte beigetragen haben, dass Radfahren in der Frankfurter Allee sicherer geworden ist.

Etwas mehr als drei Jahre nach ihrem Amtsantritt Ende 2016 hat Senatorin Günther Bilanz gezogen. Dazu gehört, dass an acht Stellen fünf Kilometer geschützte Radfahrstreifen entstanden sind. Baken und andere Absperrungen sorgen dafür, dass dort keine Autos fahren oder halten können. In diesem Jahr werden an 15 Stellen weitere dauerhafte Protected Bikelanes geplant, hieß es. Dazu zählen die Märkische Allee in Marzahn-Hellersdorf, die Danziger Straße in Prenzlauer Berg, Alt-Friedrichsfelde in Lichtenberg und die Stromstraße in Moabit. Für das kommende Jahr stehen neun Projekte auf der Liste, unter anderem in der Hansastraße in Weißensee, der Müller- und Pankstraße in Wedding sowie der Siegfriedstraße in Lichtenberg.

Als die rot-rot-grüne Koalition Ende 2016 antrat, habe es für den Radverkehr gerade mal 3,5 Vollzeitstellen in der Verwaltung gegeben, so die Senatsverwaltung. Diese Zahl sei auf rund 70 gewachsen. In dieser Wahlperiode, die 2021 endet, sollen 200 Millionen Euro in die Radverkehrsinfrastruktur investiert werden. 2022 könnte der Bau der ersten Radschnellverbindungen beginnen. Am Ostkreuz ist ein Fahrradparkhaus geplant, weitere mögliche Standorte sind die S-Bahnhöfe Mahlsdorf und Lichterfelde Süd sowie der U-Bahnhof Haselhorst.

Changing Cities fordert mehr Tempo. Ragnhild Sørensen, Sprecherin des Verbands: „Rot-Rot-Grün hat sich die Ver-kehrswende auf die Fahnen geschrieben. Wenn sich die Koalition nicht total blamieren will, ist jetzt ihre letzte Chance, die Winkefähnchen gegen Arbeitshandschuhe zu tauschen.“

Wörter: 789
Urheberinformation: BLZ

Autor: Von Sophia Reddig, dpa

Mediengattung: Nachrichtenagentur

Rubrik: /beruf_bildung/neues_aus_den_hochschulen/

Die Testverfahren an Hochschulen Du kommst hier (nicht) rein

Hochschulen können ihre Studienplätze nach verschiedenen Kriterien vergeben - zum Teil über Tests. Die unterscheiden sich je nach Standort und Studiengang erheblich. Nicht immer sind sie eine Chance.

04:34 Uhr + 02 GMT

Berlin (dpa/tmn) - Wer studieren möchte, kann sich in den meisten Fällen einfach einschreiben. Einzige Bedingung: Das Abitur oder eine andere Hochschulzugangsberechtigung. Wenn es mehr Bewerberinnen oder Bewerber als Plätze gibt, kann die Universität ihre Studienplätze zum Beispiel an diejenigen mit den besten Abschlussnoten vergeben.

"In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ist es jedoch immer üblicher geworden, Bewerber vor Antritt des Studiums zusätzlich zu prüfen", sagt **Claudia Finger vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung**,

Freiwillig oder Pflicht: Unterschiedliche Verfahren

Manche dieser Tests müssen Bewerber zwingend bestehen, um sich überhaupt für einen Studiengang zu qualifizieren. Klassische Beispiele sind die praktisch-künstlerischen Studiengänge wie Musik, Theater, Schauspiel, Kunst oder Design. Auch wer Sport studieren will, muss sich zuvor beweisen.

Andere Tests hingegen sind freiwillig und verbessern bei guten Ergebnissen die Chancen auf einen Studienplatz. Dazu zählt beispielsweise der Test für medizinische Studiengänge (TMS). Finger sagt: "In beiden Fällen ist es das Ziel, die Kandidaten und Kandidatinnen herauszusuchen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit das Studium erfolgreich abschließen werden."

Die Universität bestimmt, wie die Tests aussehen

Üblich sind Tests laut einer Untersuchung des CHE mittlerweile auch in den Studiengängen Architektur, Anglistik, Amerikanistik, BWL und Soziale

Arbeit. Was aber genau verlangt wird, ist in jedem Fachgebiet unterschiedlich. Hinzu kommt: Bis auf wenige Ausnahmen wie Mediziner-Test und Sporttest bestimmt jede Universität selbst, wie genau ein Test aussieht und was verlangt wird.

"Am besten, man beginnt mit den Recherchen schon ein Jahr vor dem geplanten Studienbeginn. Dann hat man genügend Zeit, um sich einen Überblick zu verschaffen", empfiehlt deshalb Cort-Denis Hachmeister, Experte für Datenanalyse am Centrum für Hochschulentwicklung (CHE).

Ein guter Ausgangspunkt ist das Internetportal Hochschulkompass. Dort finden Interessierte die Eckdaten zu Studiengängen und Links zu genaueren Informationen auf den jeweiligen Homepages der Hochschulen.

Anforderungen nicht immer transparent Und wie bereitet man sich am besten auf den Test vor? Prof. Edith Braun von der Universität Gießen hat mit ihrem Team zum Thema Testverfahren an deutschen Hochschulen geforscht. "Unser Eindruck war, dass viele Hochschulen eher intransparent waren. Erst nach mehreren Nachfragen haben sie Details zu den Anforderungen und den Aufbau der Tests herausgegeben."

Auf den Internetseiten der Hochschulen zeichnet sich oft ein ähnliches Bild ab. Findet man auf Anhieb keine genauen Informationen zu den Testverfahren, kann sich ein Blick in die jeweilige Studienordnung, Prüfungsordnung oder Auswahlsetzung lohnen. "Wenn einem nach gründlicher Recherche immer noch Informationen fehlen, kann man die jeweilige Studienfachberatung oder Fachschaft kontaktieren", rät Hach-

meister.

Wettbewerbsstarke profitieren von Tests

Die Eigenschaften, die im Regelfall getestet werden, seien auch die Fähigkeiten, die man für ein erfolgreiches Studium braucht, sagt Braun. "Meiner Meinung nach werden diese Fähigkeiten jedoch auch alle sehr gut in der Abiturnote abgebildet. Diese fasst die Leistungen aus zwei Jahren zusammen, die von der eigenen Motivation und den kognitiven Fähigkeiten natürlich stark beeinflusst werden." Ein Test dagegen bevorzuge diejenigen, die wettbewerbsorientiert sind und gut mit Prüfungssituationen umgehen können.

"Hinzu kommt, dass Tests, die von privaten Agenturen erstellt worden sind, zwar oft wissenschaftlich fundiert sind, aber natürlich nicht gratis angeboten werden. Die Kosten müssen in der Regel Bewerberinnen und Bewerber tragen", so Braun. Für den dezentralen Mediziner-Test waren das im vergangenen Jahr 83 Euro. Auch Vorbereitungskurse und Vorbereitungsbücher können zusätzliche Kosten verursachen.

© dpa-infocom, dpa:200703-99-664799/2

TMS Termine
Hochschulkompass
Analyse CHE

Arbeit/#gutenews/Beruf/Bildung/Ratgeber/Studium/Eignungstests/Zulassungsverfahren/Studierende/Semesterbeginn/Deutschland/

Abbildung:

Stellen Hochschulen einen Eignungstest für Bewerberinnen oder Bewerber, müssen die erstmal herausfinden, wie sie sich am besten darauf vorbereiten. Foto: Christin Klose/dpa-tmn

Abbildung: Edith Braun ist Professorin für Hochschuldidaktik mit dem Schwerpunkt Lehrerbildung am Institut für Erziehungswissenschaft der Uni Gießen. Foto: Rolf K. Wegst/JLU/dpa-tmn

Abbildung: Cort-Denis Hachmeister ist Experte für Datenanalysen beim Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Foto: Thomas Kunsch/CHE/dpa-tmn

Abbildung: Klappt es mit dem Traum-Studium? Einige Hochschulen verteilen ihre Studienplätze mittels Testverfahren. Foto: Sebastian Gollnow/dpa/dpa-tmn

Wörter: 639

Urheberinformation: dpa-infocom GmbH



Autor: Oliver Voß, Daniel Böldt und Sebastian Christ
[tmt7bbbtiks4ag2ivjngy]
Seite: 24
Ressort: Gesellschaft
Rubrik: WELTSPIEGEL

Mediengattung: Tageszeitung

Auflage: 81.077 (gedruckt)¹ 104.169 (verkauft)¹
107.540 (verbreitet)¹

Reichweite: 0,275 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 4/2020

² von PMG gewichtet 7/2019

Alarmzustände

Seit drei Wochen läuft die Corona-App – noch irritiert und verunsichert sie viele Nutzer Die Entwickler arbeiten weiter an dem Programm

Von Oliver Voß, Daniel Böldt und Sebastian Christ

Berlin - Seit mehr als zwei Wochen ist die Corona-Warn-App verfügbar, 14,4 Millionen Menschen haben sie bereits heruntergeladen. Auch Warnungen über Kontakte mit Infizierten gibt es über die App inzwischen regelmäßig. Die genauen Zahlen dazu sind nicht bekannt, auch wie viele Infektionen App-Nutzer bisher genau gemeldet haben, ist unklar. Es lägen noch keine konsolidierten Auswertungen vor, erklärt das Robert Koch-Institut (RKI). Michael Böhme, Spezialist für rechnergestützte Chemie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, hat aber einen Tracker programmiert, um die anonymisierten Diagnoseschlüssel auszuwerten.

ANONYME WARNUNG

Diese Schlüssel der Nutzer, die sich als infiziert gemeldet haben, werden einmal am Tag von den Apps aller anderen Nutzer von einem Server abgerufen – dann wird auf dem Smartphone selbst geprüft, ob es eine Begegnung mit einem der gemeldeten Codes gespeichert hat. Diese Daten sind auf dem Server einsehbar, sodass Böhme seine täglichen Auswertungen durchführen kann. Demnach werden seit dem 23. Juni Infektionsmeldungen versendet, pro Tag sind es bislang zwischen 10 und 24. Insgesamt wurden nach der Auswertung 144 Infektionsmeldungen in das System eingespeist. Im Verhältnis zu den insgesamt an das RKI gemeldeten Neuinfektionen heißt das, dass vier bis fünf Prozent der täglichen neuen Covid-19-Fälle an die Nutzer der App weitergegeben werden. Diese Werte sind allerdings Schätzungen, denn die Zahl der verteilten Schlüssel liegt viel höher, da auch fingierte Schlüssel ausgespielt werden, um die Anonymität weiter zu erhöhen. Wie viele Warnmeldungen schließlich

aus den gesendeten Diagnoseschlüsseln generiert werden, lässt sich nicht sagen, da sie dezentral auf den Smartphones selbst erzeugt werden: „Da die Prüfung lokal auf den Smartphones der Nutzerinnen und Nutzer erfolgt, ist es nicht möglich zu sagen, wie viele Personen eine Risiko-Benachrichtigung erhalten haben“, erklärt das RKI.

ENTWARNUNG TROTZ RISIKO

Neben Nutzern, die solche Hinweise auf ein „erhöhtes Risiko“ durch „Risiko-Begegnungen“ erhalten haben – wobei sich der Hintergrund in der App rot statt grün färbt, gibt es auch Meldungen zu Kontakten, die manche irritieren: So wird einigen Nutzern auf grünem Hintergrund angezeigt, dass sie zwar „Risiko-Begegnungen“ hatten, aber dennoch nur ein niedriges Infektionsrisiko fürchten müssten. Eine Nutzerin aus dem süddeutschen Raum, die eine solche Meldung erhalten hatte, zeigte sich im Gespräch mit dem Tagesspiegel irritiert über den Informationswert dieser Meldung: Die App könne schließlich nur Distanz und Zeitpunkt einer Begegnung erfassen, nicht aber ihre Intensität – etwa, ob man in einem geschlossenen Raum trotz eines gewissen Abstands Aerosolen ausgesetzt war. Das Wissen um eine nicht-gefährliche Risiko-Begegnung solle für Ungewissheit und werfe mehr Fragen auf als nötig sei. Auch **Jeanette Hofmann**, Professorin für Internetpolitik an der FU Berlin, hat eine entsprechende Meldung erhalten. „Ich hadere mit der Information über den Risikokontakt“, sagt sie, „sie verunsichert doch erheblich, ohne in irgendeiner Weise handlungsrelevant zu sein.“ Einen Test will sie nicht machen, da dieser nicht empfohlen wurde. Sie will das Risikomodell der App eingehender stu-

dieren, um nachvollziehen zu können, ob sie die Schlussfolgerungen der App teile oder nicht.

Eine Erklärung findet sich auf der Webseite zur App: Begegnungen zu Infizierten, die insgesamt weniger als 10 Minuten gedauert haben oder bei denen die Smartphones im Durchschnitt mehr als circa acht Meter voneinander entfernt waren, werden als unbedenklich verworfen. Das RKI verweist darauf, dass Nutzer diese Erläuterung auch in der App selbst finden, wenn Sie die Anzeige antippen.

SPRUNGHAFTE TAGESZÄHLUNG

Bei manchen Nutzern springt der Laufzeit-Zähler der App nach 14 Tagen auf einen scheinbar willkürlichen Wert zurück, bei anderen wird „15 von 14 Tagen aktiv“ angezeigt. Apple-Nutzer sollen auf die neuesten Version 1.0.3 aktualisieren, sagt dazu ein SAP-Sprecher. Danach sei es „möglich, dass der Tagezähler wieder von vorn beginnt“ – zurückliegende Kontakte blieben aber gespeichert und seien nicht verloren, versichert er. Generell werde noch an der Zähleranzeige gearbeitet. Denn auch wenn alles normal läuft, wird nach zwei Wochen nur noch „14 von 14 Tagen aktiv“ angezeigt. „Das ist unglücklich und irritierend“, räumt der Sprecher ein.

FALSCHER FEHLERLARM

Apple-Nutzer erhalten gelegentlich Warnmeldungen, dass die App in der jeweiligen Region „möglicherweise nicht unterstützt“ werde, andere hatten angeblich zu wenig Speicher, obwohl genug frei ist. Bei vielen dieser Bugs handelt es sich offenbar um Probleme mit der von Apple und Google bereitgestellten Schnittstelle, manche können offenbar nur durch ein iOS-Update behoben werden.

Henning Tillmann, Informatiker und Co-Vorsitzender der Digitalinitiative D64, fordert eine bessere Kommunikation: „Man kann es den Leuten einfacher machen und muss sie in der App auch besser informieren. Der Startkredit darf jetzt nicht verspielt werden, man darf die Leute mit den Problemen nicht allein lassen.“

Manuel Höferlin, digitalpolitischer

Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag und Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda, sieht bei der App „noch einige Kinderkrankheiten“. Außerdem fordert er Updates auch der Betriebssysteme für ältere Geräte, um die App nutzbar für mehr Menschen zu machen. Und Apple müsse dringend die Altersbeschränkung herabsetzen, gerade im Hinblick auf den wieder anlaufen-

den Schulbetrieb: „Da die App erst ab 17 Jahren freigegeben ist, wird quasi eine ganze Generation ausgeschlossen“ – dafür gebe es aber keinen Grund.

Zwei von 14 Millionen. Vor allem in den ersten Tagen nach dem Start wurde die App oft heruntergeladen. Foto: Martin Barraud/Getty Images

Wörter:

840

Mediengattung: Online News**Visits (VpD):** 0,058 (in Mio.)¹**Weblink:** <https://www.hildesheimer-allgemeine.de/meldung/frauen-trio-raeumt-wissenschaftspreise-an-der-uni-hildesheim-ab.html>¹ von PMG gewichtet 05-2020

Frauen-Trio räumt Wissenschaftspreise an der Uni Hildesheim ab

Hildesheim - Ob Inklusion, räumliches Denken oder Kreativität beim Begriffefinden: Drei Nachwuchswissenschaftlerinnen schließen Forschungslücken.

Hildesheim - Lena Kliemke hat gut lachen. Als sie vor Jahren ihr Studium an der Universität Hildesheim begonnen hatte, kamen ihr oft Zweifel. „Meine Eltern haben mir gesagt, ich muss das nicht zu Ende bringen“, erzählt sie und strahlt vor Stolz. Sie hat ihr Studium geschafft – und das mit Auszeichnung. Kliemke ist eine von drei Nachwuchswissenschaftlerinnen, die am Mittwochabend für ihre Leistungen von der Universitätsgesellschaft Hildesheim mit einem Preis bedacht worden sind. Kliemke hat sich mit der Frage beschäftigt, wie es Kinder schaffen, Worte für etwas zu finden, für die sie noch keinen Begriff haben. Und ob es einen Unterschied macht, ob Kinder zweisprachig aufgewachsen sind. „Wortbildungsstrategien“ sind das und in der Tat habe Kliemke damit geholfen, eine Forschungslücke zu schließen, lobt ihre Gutachterin Dr. Anna Lena Scherger die Leistung der jungen Frau. Die Bachelorarbeit von Kliemke habe ein sehr hohes Niveau, ein Auszug daraus werde auch in einer Fachzeitschrift veröffentlicht werden, kündigt Scherger an.

Geometrieunterricht mit Playmobil
Auch Laura Lilienthals Masterarbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung von Kindern. Sie hat sich mit der Frage beschäftigt, welche Lösungen Kinder finden, um geometrische Beziehungen zu beschreiben. Dafür hat sie mit Playmobilfiguren Szenen gebaut, anhand

derer Kinder über Raumkörper, Entfernungen oder andere geometrische Beziehungen reden sollten, indem sie Anleitungen zum Nachbauen beschreiben sollten.

Auch für diese Arbeit erntete sie von ihrer Gutachterin Julia Rebecca Wichers hohes Lob. „Diese Arbeit trägt viel dazu bei, den Mathematikunterricht in der Schule zu verbessern“, ist sie sicher. Ihr war sofort klar, Lilienthals Arbeit der Jury der Universitätsgesellschaft als preiswürdig vorzuschlagen.

Wie misst man inklusive Schulen?

Auch Nummer drei, die Promotion von **Anne Piezunka**, beschäftigt sich mit der Bildung von Kindern. Sie hat sich gefragt, ob das Vorgehen bei Schulinspektionen geeignet sei, herauszufinden, ob eine Schule gute inklusive Arbeit leistet. Ihre Antwort: Nein. Piezunka war per Internetübertragung aus Berlin zugeschaltet. Sie lebt mit ihrer Familie gerade in Corona-Quarantäne. „Ich habe bei meinem Studium innovatives Denken gelernt“, lobt sie den Hochschulstandort.

Was ihr Gutachter Professor Dr. **Michael Wrase** sehr freut. Er bescheinigt aber auch Piezunka, mit ihrer Methode davon kreativ Gebrauch gemacht zu haben. „Inklusion ist für das deutsche Schulsystem eine große Herausforderung, weil die Tradition, mit homogenen Lerngruppen zu arbeiten, immer noch dominiert“, stellt Wrase die

Bedeutung des Promotionsthemas heraus: „Diese Arbeit zur Inklusion hat eine hohe Fachbuchqualität.“

Themen müssen gesellschaftlich relevant sein

Gleich dreimal Erziehungs- und Bildungsfragen, das sei kein Zufall, betonte Professor Dr. Martin Schreiner aus der Hochschulleitung: „Alle konnten sich mit ihren Arbeiten bewerben oder vorgeschlagen werden. Wichtig ist, dass die Themen gesellschaftlich relevant sind.“ Heinz-Werner Ernst, Vorsitzender der Universitätsgesellschaft freut sich über die vorgelegten Arbeiten: „Hier studieren junge Menschen mit Herz und Verstand.“ Die eigentlich vorgesehenen Preise für Lehrende seien dieses Jahr entfallen. Das Geld, „ein hoher vierstelliger Betrag“, fließe dieses Jahr in den Notfonds für Studierende, die in der Corona-Krise finanziell in Not geraten seien.

Lob für die Uni-Studenten vom Oberbürgermeister

Erstmals wurde die Veranstaltung – coronabedingt in kleinem Rahmen – im Rathaus abgehalten. Hausherr Ingo Meyer begrüßte das als „Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Bürgerschaft“ und betonte ausdrücklich: „Ohne die Studenten, vor allem die im Bereich Kultur, hätte die Stadt wohl kaum Chancen auf den Titel einer Kulturhauptstadt Europas.“

Abbildung:

Preise für den wissenschaftlichen Nachwuchs an der Uni Hildesheim: Laura Lilienthal und Lena Kliemke. Foto: Werner Kaiser

Wörter:

563

Seite: Online 03.07.2020 15:05 Uhr
Ressort: Regionales
Rubrik: Regionales

Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 5,80 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,758 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.welt.de/regionales/rheinland-pfalz-saarland/article210921599/Enquete-Kommission-zur-Pandemie-nimmt-Arbeit-auf.html>

¹ von PMG gewichtet 05-2020

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2020-05 vom 02.06.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Enquete-Kommission zur Pandemie nimmt Arbeit auf

Dass in einer so unerwartet heraufgezogenen Pandemie nicht alles richtig gemacht werden kann, darin ist sich die Politik parteiübergreifend einig. Eine Enquete-Kommission soll nun Verbesserungspotenzial für die Zukunft aufzeigen.

Mainz (dpa/lrs) - Als eines der ersten Parlamente in Deutschland hat der rheinland-pfälzische Landtag eine Enquete-Kommission zur Corona-Pandemie und dem Umgang damit auf den Weg gebracht. Am Freitag nahm das Gremium aus neun Abgeordneten und derzeit fünf sogenannten sachverständigen Mitgliedern in Mainz die Arbeit auf. Konkret sollen Maßnahmen der vergangenen Monate gegen das neue Coronavirus kritisch betrachtet werden, um bei einer möglichen zweiten Welle oder einer anderen Pandemie das Vorgehen zu optimieren. Der Zeitplan ist eng, schon im Dezember soll sie dem Landtag den Abschlussbericht vorlegen.

Die erste Sitzung in der Steinhalle des Mainzer Landesmuseums, wo mit Ausnahme der vergangenen Wochen normalerweise der Landtag zusammenkommt, war geprägt von Organisatorischem. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der SPD-Abgeordnete und frühere Justizminister des Landes, Jochen Hartloff, gewählt. Ebenfalls einstimmig fiel die Wahl des CDU-Gesundheitsexperten Christoph Gensch zum Stellvertreter aus.

Die Kommission war mit den Stimmen der Ampel-Koalition und der oppositionellen CDU-Fraktion eingesetzt worden. Die AfD-Fraktion hatte den Schritt kritisiert, Fraktionschef Uwe Junge hatte gar von einem "Verschleppungsgremium" gesprochen. Als Experten sitzen in dem Gremium die Geschäftsführende Direktorin des Landkreistages, Daniela Franke, der Geschäftsführer des Landeskrankenhauses Andernach und Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, der Geschäftsführer der Pflegegesellschaft, Sebastian Rutten,

der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU), Karsten Tacke, sowie **Jan Paul Heisig** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Die AfD-Fraktion hat bislang kein sachverständiges Mitglied benannt, obwohl ihr das zustünde.

Rutten von der Pflegegesellschaft sagte, besonders die Anfangszeit der Pandemie sei sehr schwierig gewesen. Einige Menschen hätten nicht so geschützt werden können, wie das angemessen gewesen wäre. So hätten nicht alle Einrichtungen genügend angemessene Schutzausrüstung gehabt. "Das darf uns nicht mehr passieren", sagte Rutten. Der Soziologe Heisig sagte, er wolle einen Schwerpunkt auf soziale Ungleichheiten legen, die in der Krise noch verstärkt worden seien, und wie sich diese etwa auf das Risiko einer Infektion oder die Sterblichkeit auswirkten. Auch müsse man sich damit auseinandersetzen, dass im Herbst eine zweite Welle und auch neuerliche Schulschließungen kommen könnten.

Gaß betonte, Deutschland und Rheinland-Pfalz seien bisher gut durch die Krise gekommen. Dazu hätten die funktionsfähigen Strukturen in Verwaltung und Gesundheitswesen beigetragen. Hier hätten sich insbesondere auch föderale Strukturen bewährt. Auch die politischen Vertreter der Kommission steckten ab, welchen Fokus sie in den kommenden Monaten legen wollen. Die CDU-Abgeordnete Hedi Thelen sagte, es gelte, kluge Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. "Es ist sicher, es wird nicht die letzte Seuche sein." Es wäre wunderbar, wenn die Arbeit der Kommission ein Stück weit dazu bei-

trage, eine zweite Welle zu verhindern oder besser auf sie vorbereitet zu sein. Die SPD-Obfrau in der Enquete, Kathrin Anklam-Trapp, warnte davor, die Pandemie zu früh abzuhaken. Wie schnell sich die Lage ändern könne, habe nicht zuletzt der Landtag selbst kürzlich erlebt. Eine Plenumsitzung war Ende Juni kurzfristig abgesagt worden, weil die SPD-Abgeordnete und Landtagsvizepräsidentin Astrid Schmitt vorher Kontakt mit einer später positiv auf Covid-19 getesteten Person hatte. Ein Test bei Schmitt fiel letztlich negativ aus.

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin hatte Mitte Mai die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen, die die Gesundheitsversorgung im Land unter die Lupe nehmen soll. Hier wird es neben der Pandemie aber auch um den Mangel an Landärzten oder die Schließung von Klinikbereichen gehen. In Bayern will die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) die Corona-Politik der Staatsregierung von einem Bürgerrat überprüfen lassen - eine Unterschriftensammlung zur Einsetzung einer Enquete-Kommission im Landtag hat sie ins Netz verlagert. Die Petition setzt für die Besetzung einer Kommission nicht auf Abgeordnete, sondern auf ein Losverfahren für 60 interessierte Bürger.

Die rheinland-pfälzische Kommission trifft sich nach der Sommerpause des Parlaments am 21. August und 11. September zu Videokonferenzen. Beim ersten Termin werden Experten zum Thema "Vorsorge- und Bekämpfungsmaßnahmen der staatlichen und kommunalen Ebene" gehört, beim zweiten zum aktuellen Forschungsstand der Wissen-

schaft. Weitere vier Sitzungen sind bis Ende November geplant, bevor Mitte Dezember die Besprechung des Abschlussberichts im Landtag ansteht. Das Kabinett wird sich nach Angaben der Staatskanzlei auch in den Sommerferien wöchentlich dienstags beraten.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte: "Das Infektionsgeschehen in Rheinland-Pfalz ist dank gemeinsamer Anstrengungen und dank des verantwortungsbewussten Verhaltens der Menschen in unserem Land weiterhin sehr moderat. Aber wir alle wissen: Das

Corona-Virus ist weiterhin aktiv und erfordert allerhöchste Wachsamkeit, wie die jüngsten lokalen Ausbrüche zeigen." Informationen zu der Enquete-Kommission

Abbildung:

Eine Mitarbeiterin pipettiert Coronaprobe. Foto: Marijan Murat/dpa/Archivbild

Wörter:

732

Urheberinformation:

(c) Axel Springer SE

Autor: Elisabeth von Thadden
Seite: 0
Mediengattung: Online News

Nummer: 28
Visits (VpD): 3,04 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,551 (in Mio.)²

Jahrgang: 2020
Weblink: www.zeit.de/kultur/2020-07/demokratie-usa-bedrohung-zukunft-daniel-ziblatt

¹ von PMG gewichtet 05-2020

² gerundet agof ddf 0-Tag 2020-05 vom 02.06.2020, Gesamtbevölkerung 16+

Demokratie in den USA

"In den Vereinigten Staaten ist die Frage nach der Zukunft verstummt"

Der Politologe **Daniel Ziblatt**, Co-Autor des preisgekrönten Buches "Wie Demokratien sterben", sorgt sich um sein Heimatland, die USA. Ist die Demokratie dort bedroht?

*Wir wollen die Virologen mit der Deutung der Lage nicht allein lassen. Deshalb fragen wir in der Serie "Worüber denken Sie gerade nach?" führende Forscherinnen und Forscher der Geistes- und Sozialwissenschaften, was sie in der Krise zu bedenken geben und worüber sie sich nun den Kopf zerbrechen. Die Fragen stellt Elisabeth von Thadden. Der Politologe **Daniel Ziblatt**, 47, lehrt an der Universität Harvard und forscht gegenwärtig am Wissenschaftszentrum Berlin. Zuletzt erschien von ihm das mehrfach ausgezeichnete Buch "Wie Demokratien sterben" (2018).*

ZEIT ONLINE: Worüber denken Sie gerade nach, **Daniel Ziblatt**?

Daniel Ziblatt: Ich denke seit Langem über den Zustand nach, in dem sich die Demokratien der Welt befinden, aber gegenwärtig ist etwas anders geworden. Morgen fliege ich nach elf Monaten in Berlin zurück in die Vereinigten Staaten. Ich war immer froh, nach Hause zurückzukehren, doch jetzt bin ich erstmals nervös. Der Kontrast zwischen den Demokratien Europas und den USA tritt durch die Pandemie so scharf konturiert hervor, wie ich ihn noch nie vor Augen hatte. Es kommt mir vor, als reiste ich nun in ein Haus, das lichterloh in Flammen steht. Und ich frage mich, ob wir in der Corona-Krise nur etwas Vorübergehendes erleben oder ob sich im politischen System etwas grundlegend und dauerhaft ändert. Ich überlege, an welchen Indikatoren sich das festmachen ließe.

ZEIT ONLINE: Worin genau besteht der scharfe Kontrast?

Ziblatt: An der Oberfläche zeigt er sich

in den Vereinigten Staaten an der rasant steigenden Zahl der Infektionen einer zweiten Welle und der offenkundigen Unfähigkeit des politischen Systems, darauf zu reagieren. Die europäischen Staaten hingegen haben wirksam zu handeln vermocht. Doch die oberflächlichen Indikatoren stehen erkennbar für eine tiefer liegende Dysfunktionalität der amerikanischen Demokratie, für eine Verschiebung in der Tiefe, die ich wahrnehme und doch nicht glauben möchte.

ZEIT ONLINE: Was meinen Sie mit dieser Verschiebung?

Ziblatt: Die Gesellschaftswissenschaften können Merkmale dafür benennen, was eine Demokratie resilient macht, also stabil, erfolgreich und widerstandsfähig. Dazu gehören unter anderem die Handlungsfähigkeit des Staates und sozialer Frieden. In den Vereinigten Staaten aber ist im Gegenteil zu beobachten, dass die staatlichen Institutionen schwach sind, dass eine starke politische Polarisierung und eine ausgeprägte Ungleichheit herrschen und dass soziale Unruhen mit einer Wirtschaftskrise einhergehen. All dies sind Merkmale, die eine Demokratie über Nacht ins Autoritäre umschlagen lassen können.

ZEIT ONLINE: Sie haben diese Gefahren vor zwei Jahren in ihrem preisgekrönten Buch *Wie Demokratien sterben* ausgemalt. Sie sind damals zu dem Schluss gekommen, dass die Gefahren zwar real seien, doch die Demokratie robust sei.

Ziblatt: Aber jetzt sehe ich es anders. Es sind eben diese Gespenster, die mich nun nervös machen. Covid-19 zeigt,

dass die Gefahr echt ist.

ZEIT ONLINE: Auch in Europa sind inzwischen nicht wenige besorgt, dass die hiesigen Demokratien durch die Pandemie ins Autoritäre kippen, weil die Gesellschaften nur den Verordnungen der Regierungen möglichst brav folgen sollen und nicht protestieren.

Ziblatt: Die Auseinandersetzungen in der deutschen Öffentlichkeit gehören in meinen Augen zum demokratischen Normalbetrieb und beweisen dessen Resilienz. In den europäischen Demokratien wird gegenwärtig in den Seminaren, den Medien, in den Regierungen die Frage gestellt, in welche Zukunft man gehen will, um aus der Corona-Krise herauszufinden. Das zeugt von der Lebendigkeit einer Demokratie. In den Vereinigten Staaten ist die Frage nach der Zukunft verstummt. Dort geht es nur noch darum, ob sich das Feuer überhaupt löschen lässt. In Deutschland hingegen wird auf allen Ebenen der Demokratie über Alternativen beraten, welchen Weg man nun einschlagen will.

ZEIT ONLINE: Überrascht es Sie, wie resilient die deutsche Demokratie gegenwärtig ist?

Ziblatt: Einerseits ist diese Resilienz für mich tatsächlich eine Überraschung. Mein Großvater ist als osteuropäischer Jude in die Vereinigten Staaten emigriert. Ich bin dort groß geworden mit der Skepsis meines Vaters, der 1935 geboren ist, dass der westdeutsche Staat doch nur ein künstliches Konstrukt ist, das keinen Bestand haben werde. Ein Provisorium. Nun zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland etwas Dauerhaftes haben entstehen lassen. Doch als Demokratieforscher bin ich nicht wirk-

lich überrascht. Denn die Bundesrepublik weist eben die Merkmale der Resilienz auf, von der ich eben gesprochen habe. Und sie beweist, dass sie in der Lage ist, die wichtigste Aufgabe des Staates wahrzunehmen.

ZEIT ONLINE: Was ist wichtiger als demokratisch zu streiten und dauerhafte Institutionen zu bauen?

Ziblatt: Am wichtigsten ist es, das Leben der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Der Staat muss verhindern können, dass Menschen eines vermeidbaren Todes sterben. Natürlich kommt es darauf an, soziale Rechte zu achten und demokratische Institutionen zu stärken. Aber der Schutz des Lebens ist die erste Aufgabe. Eines jeden Lebens, nicht nur derjenigen einiger Privilegierter. Diese Rolle des Staates haben wir lange Zeit kaum gesehen.

ZEIT ONLINE: Kann Corona bewirken, dass nach dem Löschen des Feuers in den USA etwas Neues entsteht?

Demokratie und Macht"Das Virus darf sich nicht in die Demokratie einschleichen"Der Philosoph Rainer Forst fürchtet einen neuen Sozialdarwinismus. Mit Sorge beobachtet er nationale Abschottung und das Abwälzen der Krisenfolgen auf die Schwächsten. Der Philosoph Rainer Forst fürchtet einen neuen Sozialdarwinismus. Mit Sorge beobachtet er nationale Abschottung und das Abwälzen der Krisenfolgen auf die Schwächsten. 20.06.2020, Niedersachsen, Göttingen: Rolf-Georg Köhler (SPD, 4.v.r.), Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, spricht mit Bewohnern des unter Quarantäne gestellten Wohngebäude in der Göttinger Innenstadt. Zuvor fand vor dem Gebäude eine Demonstration gegen Mietenwahnsinn statt. Die Stadtver-

waltung hat einen ganzen Wohnkomplex an der Groner Landstraße in Quarantäne gestellt. Foto: Swen Pförtner/dpa +++ dpa-Bildfunk +++Swen Pförtner© Michael HeckElisabeth von ThaddenBerührungWerden Menschen ohne Umarmung krank?Das Kontaktverbot soll vor Infektion schützen, aber die Psyche leidet darunter. Das Interview mit der Psychologin Beate Ditzen über mögliche Folgen hat viele interessiertDas Kontaktverbot soll vor Infektion schützen, aber die Psyche leidet darunter. Das Interview mit der Psychologin Beate Ditzen über mögliche Folgen hat viele interessiertGus Moretta© Michael HeckElisabeth von ThaddenHartmut RosaLeiden wir an einem gemeinschaftlichen Burn-out?Die Gesellschaft wirkt nach Monaten der Corona-Krise müde, hat der Soziologe Hartmut Rosa beobachtet. Sein vorläufiger Befund: Uns geht womöglich die soziale Energie aus.Die Gesellschaft wirkt nach Monaten der Corona-Krise müde, hat der Soziologe Hartmut Rosa beobachtet. Sein vorläufiger Befund: Uns geht womöglich die soziale Energie aus.Christoph Soeder© Michael HeckElisabeth von Thadden

Ziblatt: Auch wenn viele Liberale nach dem Brand weitermachen wollen wie zuvor, so meine ich selbst doch, dass wir besser nicht zu einem *business as usual* zurückkehren. Wir sollten dafür sorgen, dass die Demokratie demokratischer wird. Gegenwärtig sorgt die Verfassung der USA dafür, dass der aktuelle Präsident bei der Wahl 2016 nicht die meisten Stimmen erlangt hat und die Wahl doch gewonnen hat. In der Administration sind Gruppen überrepräsentiert, die für ein vergangenes Amerika stehen wie die ländlichen Konservati-

ven. Die meisten Amerikaner unterstützen heute *Black Lives Matter*, die meisten von ihnen wollen Donald Trump abgewählt sehen. Die gute Nachricht lautet deshalb, dass das Wählervotum der Mehrheiten vertrauenswürdig ist. Insofern ist mir nicht bange um die Gesellschaft. Wenn zwei Drittel des Senats einer Verfassungsänderung zustimmen müssen, dann müssen jetzt eben andere gangbare politische Wege gefunden werden, den Reformstau zu umgehen und Gesetze zu verabschieden, die die Macht des Präsidenten beschränken.

ZEIT ONLINE: Welchen Schaden fügt Corona der Demokratie zu?

Ziblatt: Eine zivile demokratische Gesellschaft muss den Abstand überwinden, der jetzt physisch zwischen allen Einzelnen wegen der Infektionsgefahr eingehalten wird. Eine Demokratie kann nicht funktionieren, solange man im anderen Menschen eine infektiöse Gefahr sieht. Diese Angst vor dem Anderen verstärkt die politischen Gegensätze, anstatt sie zu überwinden. Der Corona-bedingte ängstliche Rückzug ins Private, in die eigene Infektionsgemeinschaft, ist für eine Demokratie schädlich. Ich meine zwar, dass der Aktivismus, der in der Bewegung *Black Lives Matter* zum Ausdruck kommt, einiges öffentliches Engagement verspricht. Doch ich habe zugleich Sorge, dass die junge Generation die demokratische Öffentlichkeit vielleicht nicht mehr als attraktiv erlebt, sondern sie meidet, um nicht an neuen Infektionen schuld zu sein. Ziehen sich auch die jungen Menschen zurück, würden wir mit keiner der Zukunftsfragen vorankommen, die uns nun auf den Nägeln brennen.

Abbildung: Rear View Of Person Standing At In Building Against Washington Monument
Fotograf: Getty Images/EyeEm
Abbildung: Daniel Ziblatt
Wörter: 1310